

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäftslich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen
 jeits oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 25. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die französischen Generalrats-Wahlen.

Paris, 23. Juli.
 Die diesjährigen Generalrats-Wahlen, in denen die vor sechs Jahren gewählte Hälfte der Nationalmitglieder (das Seine-Departement ausgenommen, dessen Rat zugleich mit dem Pariser Gemeinderat gewählt wird) zu erneuern war, beanspruchten ein größeres Interesse als gewöhnlich, weil sie hart vor dem Beginn der Wahlkampagne für die Deputiertenkammer stattfanden. Sie wurden von allen Seiten gewissermaßen als ein Vorpiel der Kammerwahlen betrachtet, trotzdem in den Departementswahlen die eigentliche Politik nur insofern in Frage kommt, als die Mitglieder der Departementsräte sowie die der gleichzeitig zur Hälfte erneuerten Bezirksräte einen erheblichen Teil der Wähler für den Senat liefern.

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges haben nun alles ziemlich beim Alten gelassen. Und auch die 86 Stichwahlen unter den 1444 bekannten Ergebnissen (11 Ergebnisse stehen noch aus) werden am Gesamtresultat nichts ändern. Mehrheits-Verhältnisse sind nur in zwei Departements zu verzeichnen. Im Departement Charente gewinnen die Republikaner zum erstenmal die Mehrheit, womit die monarchischen Generalräte, die schon seit langem auch in ihrem letzten Zuspruchsort, den westlichen Charente-Departements, auf den Aussterbe-Etat gesetzt sind, auf vier zusammenschrumpfen. Im Departement Haute-Vienne gewinnen die Radikalen (nebst den Sozialisten) die Mehrheit den Bourgeois-Republikanern ab. Der Verlust der letzteren gleicht sich aber aus durch ihren Gewinn im Charente-Departement. Was die Verteilung der einzelnen Sitze betrifft, so kann man — vorläufig wenigstens — nur auf indirektem Wege auf einen Stillstand schließen. Die offizielle Statistik liefert sich nämlich das sonderbare Resultat alle „Republikaner“, die nicht radikal und nicht sozialistisch sind, in einen Topf zu werfen. So sind die Melinisten, die geschworenen Feinde des Ministeriums, in dieselbe Rubrik gewandert wie die ministerfreundlichen Republikaner. Dieses Verfahren läßt nun darauf schließen, daß das Ministerium von einer statistischen Sonderung der „Republikaner“ nach ihrer wirklichen politischen Stellung nichts zu gewinnen hätte. Da aber andererseits die bourgeoisrepublikanische bezw. die melinistische Presse laut und hoch dafür eintritt, daß die Wahlen einen Stillstand in der Stimmung der Wähler bedeuten, so hat offenbar das antiministerielle Lager einen Sieg davongetragen.

Die amtliche Gewinns- und Verlustrechnung ist noch verwirrender als die Statistik der Einzelergebnisse. Während diese 557 „Republikaner“, 477 Radikale und sozialistische Radikale, 83 Sozialisten, 54 Radikale, 29 Nationalisten und 209 Monarchisten zählt, heißt es in der Schlussrechnung ganz einfach, daß die „Republikaner“ 80 Sitze gewinnen und 33 verlieren, wobei diesmal unter den „Republikanern“ auch die Radikalen und die Sozialisten mit einbegriffen sind.

Daß aber die Parteien selbst für eine genaue Aufstellung ihrer eigenen Wahlergebnisse sorgen werden, läßt sich bei der bekannten Misere der französischen Parteistatistiken nicht erwarten.

Nur in Bezug auf die sozialistischen Wahlergebnisse darf man auf eine eigene Parteistatistik rechnen. Bisher sind nur einige sozialistische Gewinne zu verzeichnen. Am erfolgreichsten ist die Wahl von Forest in Montceau, 6000 Mines, der über den Kandidaten der Gruben-Gesellschaft und der „Gelben“, der Streikbrecher, gestieg hat. Der Ausgang des letzten Strelchs hat also den Zusammenhalt und die Kampffähigkeit der Kohlenräber nicht geschwächt. Das ist von guter Vorbedeutung für die am 4. August bevorstehende Kammerwahl in Montceau, in welcher der sozialistische Bürgermeister und Kohlenräber Souverci kandidiert. Nach dem „Peit Sou“, dem Organ der antiministeriellen Sozialisten, sind im ersten Wahlgang 8 Kandidaten der antiministeriellen Sozialisten gewählt worden, darunter 5 neu-gewonnene Sitze. Die übrigen 25 gewählten Sozialisten entfallen also auf die um das Generalkomitee gruppierte Organisation.

Im Norddepartement Lille stehen in günstiger Stichwahl 4 Guesdisten, die ihre bisherigen Mandate zu behaupten haben. In Roubaix ist der sozialistenorientierte Legitimitätskandidat Motte gegen den guesdistischen Bürgermeister Carotte wiedergewählt, übrigens mit einer geringen Mehrheit von 4037 gegen 4735 Stimmen, wobei Motte in der Stadt Roubaix selbst in der Minorität geblieben ist. Mottes Sieg hat in Roubaix stürmische Protestkundgebungen seitens der sozialistischen Arbeitererschaft hervorgerufen. Insgesamt hat die guesdistische Organisation des Norddepartements (nach den Angaben der „Peit Sou“) 29 206 Stimmen auf sich vereinigt. Das bedeutet wohl einen Stimmengewinn im Vergleich mit den Generalrats-Wahlen von 1896, aber einen Stimmrückgang gegenüber den Kammerwahlen von 1899, in denen die Guesdisten des gesamten Norddepartements etwa 95 000 Stimmen erhielten, wovon für den Vergleich etwa die Hälfte in Betracht kommt. Es sei jedoch bemerkt, daß Departementswahlen und Kammerwahlen trotz des nämlichen allgemeinen Wahlrechts sich nicht schlechthin vergleichen lassen, da das Interesse der Wähler und auch die Energie der Partei-Organisation in den ersteren erheblich geringer sind als in den letzteren.

Im Gironde-Departement haben die Guesdisten 2071, die „ministeriellen“ Sozialisten 2218 Stimmen erhalten. Dort war Jules Guesde Kandidat in allen Kantonen, wo die guesdistische Organisation keinen Kandidaten aufstellte.

Gegenüber den allgemeinen Wahlergebnissen haben ja die „senatorialen“ Einzelsitze oder Einzelmandate nichts zu bedeuten. Dennoch suchte man in beiden Lagern, wie üblich, gerade diese sensationellen Wahlen entsprechend zu verwerten. In Regierungslager triumphiert man namentlich über die Niederlagen des monarchistischen Abgeordneten Vauden d'Alphon, des monarchistischen Senators

Provost de Launay (zwei reaktionäre Kampfahne erster Güte) und des melinistischen Senators und ehemaligen Unterrichtsministers im Kabinett Meline, Rambaud. Gingen jubeln die Melinisten über die Niederlage des dreifachstimmigen Senators Despech, der in der Dreifach-Campagne sich hervorgethan, und einiger anderer ministerieller Parlamentarier. Nach der Auffstellung des Melineschen Glatts „La République“ sind zwölf ministerielle Parlamentarier gegen bloß fünf antiministerielle Parlamentarier unterlegen.

Die Nationalisten haben einige Fortschritte nur in den östlichen Departements zu verzeichnen. Ihre Hauptorganisation, die „Liga des französischen Vaterlandes“, hatte übrigens wohlweislich auf ein direktes Eingreifen in den Wahlkampf verzichtet — im richtigen Bewußtsein, daß die Departementswahlen den ungünstigsten Boden für die nationalistische Demagogie bieten.

Nach dem Gesagten erscheint es schwierig, von den Generalratswahlen auf die kommenden Kammerwahlen zu schließen. Haben auch die Kandidaten vielfach den Kampf politisch zugelassen, so sind die Wähler im ganzen doch ihrer alten politischen Gleichmütigkeit gegenüber den Lokalwahlen treu geblieben. Im übrigen hatte die Wählerschaft wahrlich keine Veranlassung, die Departementswahlen zu einer begeisterten Kundgebung für die Politik des Ministeriums zu gestalten. Dem diese Politik wird immer bedenkllicher, wenn man den Ursprungskittel des Ministeriums in Betracht zieht. Wird aber dieses normale Fortwärtsein des ausnahmsweisen Kabinetts bis zu den Kammerwahlen fortgetrieben bezw. von der ministeriellen Mehrheit gebildet, dann dürfte freilich die Stillstandsstimmung der Wählerschaften in den Kammerwahlen in eine regierungsfreudliche Stimmung umschlagen. Insofern mag also die Opposition nicht unrecht haben, wenn sie in den Stillstandsergebnissen der Generalratswahlen eine Warnung für das Ministerium erblickt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli.

Gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit.

Aus dem Rundschreiben der preussischen Minister an die Regierungspräsidenten, das sich auf die Ergebnisse der Erhebungen des Reichsamts des Innern über die gewerbliche Kinderarbeit stützt, werden jetzt in der Presse ausführlichere Mitteilungen gemacht, aus denen zu ersehen ist, in welcher Richtung und in welchem Maße die preussische Regierung sich die Regelung denkt.

Was die Beschäftigung fremder Kinder anbelangt, so soll in einer Reihe von Betrieben die Kinderarbeit teils wegen der Anstrengungen, die mit den dort vorstommenden Arbeiten verbunden sind, teils wegen der besonderen Betriebsgefahren völlig ausgeschlossen werden. Danach soll die Beschäftigung von Kindern, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, mit Ausnahme der Beschäftigung beim Austragen von Waren sowie als Laufbursche oder Laufmädchen, verboten sein: Bei Bauen aller Art sowie im Betriebe der Hiegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben und einer großen Reihe von Werkstätten, in denen gesundheitlich schädliche Stein- und Metallarbeiten verfertigt werden, sowie in Werkstätten für Spielwaren aus Gummi, in Buchdruckereien etc. Der Bundesrat soll befugt sein, dieses Verzeichnis zu ergänzen. Ausnahmen sollen unbedingt ausgeschlossen sein.

In den andern Werkstätten soll die Beschäftigung von Kindern von der Jurisdiktion des zwölften Lebensjahres abhängig gemacht und für die Kinder, welche diese Altersgrenze überschritten haben, der Regel nach auf die tägliche Höchstzahl von vier Stunden beschränkt werden, die zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends liegen sollen. Ausnahmsweise soll die Lage der täglichen Arbeitsstunden je nach den Jahreszeiten anders bestimmt und die Dauer der täglichen Arbeitszeit bis zu sechs Stunden verlängert werden dürfen, letzteres jedoch nur mit der Maßgabe, daß eine mehr als neunstündige Beschäftigung einschließlich der Schulstunden und des Ratschmenens, usw. Unterrichts unzulässig bleibt. Für das Handels- und Verkehrsgewerbe sowie für öffentliche Theater- und sonstige öffentliche Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, sind die gleichen Vorschriften wie für die nicht in das Verbotverzeichnis aufgenommenen Werkstätten vorzusehen. Auch hier dürfen demnach Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden. Für Gast- und Schankwirtschaften soll, vorbehaltlich mit Rücksicht auf die ständigen Gefahren, die der Verkehr mit den Gästen mit sich bringt, die Verwendung schulpflichtiger Mädchen völlig untersagt werden. Für die Knaben soll es dagegen auch hier bei der Altersgrenze von 12 Jahren und den übrigen oben mitgeteilten Vorschriften sein. Gewisse Ausnahmen sind zulässig.

Für die Beschäftigung beim Austragen sowie als Laufbursche oder Laufmädchen soll wegen der im allgemeinen leichteren Arbeit die Altersgrenze auf das zehnte Lebensjahr festgesetzt werden. Im Hinblick auf § 136 der Gewerbe-Ordnung, wonach in Fabriken jugendliche Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, wird die gewerbliche Beschäftigung von Kindern für diese Tage allgemein untersagt.

Schließlich soll den Ortspolizeibehörden die Befugnis gewährt werden, unter Umständen zur Beseitigung erheblicher, die Sittlichkeit gefährdender Mißstände im Wege der Verordnung für einzelne Gast- und Schankwirtschaften und für einzelne Unternehmer öffentlicher Theater- und sonstiger öffentlicher Schaustellungen weitere Einschränkungen der Kinderarbeit eintreten zu lassen oder diese ganz zu untersagen.

Was die Beschäftigung eigener Kinder betrifft, so sollen in Betrieben, in denen die Beschäftigung fremder Kinder untersagt ist, auch eigene Kinder keine Verwendung finden dürfen. Im Handelsgewerbe, im Verkehrsgewerbe, sowie bei öffentlichen Theater- und sonstigen öffentlichen Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, dürfen vorbehaltlich der Bestimmungen über das Austragen

von Waren, sowie über die Beschäftigung als Laufbursche bezw. Laufmädchen, eigene Kinder unter 10 Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über 10 Jahre, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, nur in der Zeit zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends und nicht länger als vier Stunden täglich beschäftigt werden. Im wesentlichen gelten hier also die gleichen Bestimmungen wie für die Beschäftigung fremder Kinder. Nur soll die Altersgrenze für die Zulässigkeit der Beschäftigung von zwölf auf zehn Jahre herabgesetzt werden. Die Regelung der Beschäftigung der eigenen Kinder in Gast- und Schankwirtschaften soll den Ortspolizeibehörden überlassen bleiben. Eine ähnliche Regelung ist für die Beschäftigung eigener Kinder mit Ausstrage- und Laufdiensten in Aussicht genommen.

Endlich soll durch Beschluß des Bundesrats und, soweit ein solcher nicht vorliegt, durch Anordnung der Landes-Centralbehörden oder durch Polizeiverordnungen der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden die Beschäftigung von Kindern, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, abweichend von den vorstehenden Bestimmungen weiter eingeschränkt werden können. Die Beschlüsse des Bundesrats, die Anordnungen und Polizeiverordnungen sollen für bestimmte Bezirke sowie für bestimmte Gewerbszweige erlassen werden können.

Es ist die Absicht der preussischen Regierung, im Sinne dieser Vorschläge die Vorlage eines Gesetzesentwurfs an den Reichstag zu veranlassen, was schon in der nächsten Session geschehen soll. Den Traditionen der Junkerregierung ganz entsprechend, soll bei dieser gesetzgeberischen Aktion, so wie es schon in den famosen Erhebungen der Fall war, die landwirtschaftliche Kinderarbeit gänzlich aus dem Spiele bleiben, obwohl alle Kenner darüber einig sind, daß bei ihr dem heranwachsenden Geschlecht ein ebenso großer Schaden zugefügt wird wie bei der gewerblichen, und die Dringlichkeit für eine Einschränkung der Ausbeutung hier nicht minder groß ist.

Zur Wahl in Memel-Gebiet.

Man schreibt uns: Der Ausfall der schon Sonnabend, den 27. d. M., erfolgenden Stichwahl wird von der Haltung der Freisinnigen abhängen. Eine Erklärung darüber, wie ihre Parteigenossen sich verhalten sollen, liegt von der freisinnigen Zeitung im Kreise noch nicht vor und wird offenbar auch nicht abgegeben werden. Den Herren fehlt wieder der Mut, offen zum Eintreten für den Socialdemokraten aufzufordern. Die in der Provinz erscheinenden freisinnigen und liberalen Blätter vermeiden ebenfalls eine klare Stellungnahme. Offen Farbe bekant hat bisher nur eines der Blätter, die bei der Hauptwahl für den Freisinnigen Schaal eintraten. Die nationalliberale, in der Provinz sehr weit verbreitete „Königsberger Allgemeine Zeitung“ erklärt, sie sei für die Kandidatur Schaal eingetreten und habe dessen Wahl den Liberalen aller Schattierungen und allen Freunden der Handelsverträge empfohlen; jetzt, wo sie vor die Alternative gestellt sei: einen Konservativen oder einen Socialdemokraten, müsse sie ebenso entschieden für die Wahl des ersteren plädieren.

Bei diesem Blatt wech man wenigstens, woran man ist.

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ begnügt sich mit einigen orakelhaften Nebensätzen. Am Tage nach der Wahl schrieb sie: „Den Ausschlag geben unsere Freunde. Sie werden allein darüber zu entscheiden haben, welche Stellung sie der gegebenen Situation gegenüber einnehmen müssen.“ Mit keinem Wort deutet das Blatt an, daß es ihm selbstverständlich ergehe, daß es Pflicht der freisinnigen Wähler sei, für unsren Genossen Braun zu stimmen. Auch am Dienstagabend, nachdem schon der Tag der Stichwahl bekannt ist, begnügt sich das so entschieden freisinnige Blatt mit der Wendung, seine Freunde würden nach ernster Prüfung entscheiden, „ob ihre patriotische und staatsbürgerliche Pflicht sie an die Seite des Brotverdieners führen kann, der es bisher abgelehnt hat, der Wählerschaft aber sein Programm Klarheit zu geben.“

Nun mag man raten, was die Herren Freisinnigen thun werden. Das „Memeler Dampfboot“ äußerte sich gleich nach der Wahl dahin, von der freisinnigen Wahlleitung werde den Wählern freigestellt werden, wie sie stimmen wollen.

Die in Insterburg erscheinende stamm freisinnige „Ost. Volks-Zeitung“ zeteriert über die Kampfesweise unsrer Genossen ganz nach dem Muster der „Freisinnigen Ztg.“ und meint dann:

„Ein offenes Eingeständnis ungehöriger Kampfesweise seitens der Socialdemokraten, ein Eingeständnis, das gleichzeitig eine ehrliche Bitte um Entschuldigung in sich schließt, ist das mindeste, was die Liberalen im Wahlkreise Memel-Gebiet verlangen können und verlangen müssen, ehe sie einen Beschluß über ihre Stellungnahme zur Stichwahl fassen.“

Das Blatt wird noch eine Weile auf den verlangten Anlauf warten müssen.

Sehr richtig scheint das freisinnige Blatt in Tilsit, das auch im Hebdetinger Kreise gelesen wird, seine Parteigenossen zu kumen. Resigniert schreibt es:

„Was die bevorstehende Stichwahl betrifft, so glauben wir, daß die Agrarkonservativen mit Mattschull durchdringen werden. Die circa 3000 Liberalen Stimmen geben den Ausschlag. Mattschull ist aber kaum 800 Stimmen hinter der Stimmzahl seiner beiden Gegner zurückgeblieben, und es wäre, um ihm den Sieg zu entwinden, schon erforderlich, daß mehr als sieben Achteil jener liberalen Stimmen dem socialdemokratischen Kandidaten Braun zustieße. Daß das geschieht, glauben wir aber nicht.“

Auch dieses sich sonst recht radikal geberdende Blatt kann sich nicht zu einer Aufforderung an die Wähler, für Braun zu stimmen, verstehen.

Es deutet fast alles darauf hin, daß die Freisinnigen wie schon so oft durch Stimmhaltung oder Ueberläufererei zu den Konservativen Verrätern an der Sache des Volkes treiben. Von unsren

Genossen im Kreise wird so gut wie gar keine Hoffnung auf die Hilfe der Freiwilrigen gesetzt. Sie arbeiten angestrengt, um in den wenigen Tagen bis zur Stichwahl aus eigener Kraft herauszuholen, was nur irgend möglich ist.

Deutsches Reich.

Weiteres aus dem Zolltarif.

In der „Deutschen Gärtnereizitung“ berichtet Gartenbau-Ingenieur Ludwig Müller, der an den Beratungen des Zolltarifgesetzes und der Zolltariffrage im Reichsamt des Innern während der letzten beiden Jahre als Sachverständiger für Handelsgärtnerei, Obstbau, Gemüsebau und Samenbau teilgenommen hat, über den die Handelsgärtnerei betreffenden Teil des neuen Zolltarifentwurfs.

Nach Müllers Angaben stellen sich die im Reichsamt des Innern und im Reichsfinanzamt festgesetzten Zollsätze für Gärtnereiprodukte wie folgt:

Knollen- und Wurzelgewächse: Kartoffeln frisch: In der Zeit vom 15. Februar bis einschließlich 31. Juli 12 M. für 100 Kilogramm, in der Zeit vom 1. August bis einschließlich 14. Februar frei. Küchen- und Gewächse (Gemüse und essbare Kräuter, Wurzeln u. dgl.): frisch: Kartoffeln, Weizkorn, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hirse, Getreide, Hülsenfrüchte, Bohnen, Erbsen, auch in Stößen, Endivien, Gurken, Hopfenkörner, Karotten, Korbwurzeln, Koriander, Melonen, Radieschen, Rhabarber, Rosenkohl, Schwarzwurzeln, Spargel, Spinat, Staudensellerie, Tomaten: in der Zeit vom 1. Dezember bis einschließlich 30. Juni 50 M. für 100 Kilogramm, in der Zeit vom 1. Juli bis einschließlich 30. November 5 M. für 100 Kilogramm, Champignons in Salzlake getrocknet oder sonst zubereitet 60 M. für 100 Kilogramm.

Lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Tiergärtnerei: Bäume, Heben, Stauden, Sträucher, Schößlinge zum Verpflanzen und sonstige lebende Gewächse, auch Stropfreiser: ohne Erdballen (mit erdfreien Wurzeln) und mit Erdballen, auch in Töpfen oder Kübeln 20 M. für 100 Kilogramm, Blumen, Blüten, Blütenblätter und Knospen zu Binde- oder Pierzwecken, frisch und Fabrikate daraus 300 M. für 100 Kilogramm, Blätter, Gräser, Zweige, auch solche mit Früchten, zu Binde- oder Pierzwecken, getrocknet, getränkt oder sonst zur Erhöhung der Dauerhaftigkeit zubereitet, auch gefärbt; Palmblätter zu Fächern zugeschnitten und Fabrikate daraus 150 M. für 100 Kilogramm, Blumenzweige und Knospen 10 M. für 100 Kilogramm.

Sämtliche Produkte der genannten Art waren bisher zollfrei. Sicher ist, daß auch Obst gleichermäßen besteuert werden wird. Bei diesen Zollvorschlügen spielt neben der Beschränkung der heimischen Produzenten sicher auch das Verlangen des Reichsstaats eine bedeutende Rolle, neue ergiebige Quellen für indirekte Besteuerung zu erschließen. Der Import dieser Gartenprodukte ist teilweise sehr stark. Die Besteuerung des Obstes trifft namentlich auch die ärmeren Volksschichten, denen dadurch ein gesundheitlich vorzügliches Nahrungsmittel erschwert wird.

Ueber die Lehrlingsausbeutung

bringen so wie in früheren Jahren auch die für 1900 erstatteten Berichte der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten beachtenswerte Mitteilungen. Die „unerfreulichen Verhältnisse des Lehrlingswesens“, schreibt der Beamte für Westpreußen, haben sich wenig geändert. Es giebt eine Anzahl Schloffereien, welche im Verhältnis zu den Gesellen eine übergroße Zahl von Lehrlingen halten. Das Bedürfnis zur Heranziehung von Lehrlingen entspringt nur zu häufig dem Wunsch nach billiger Arbeitskraft. Allerdings soll auch der Mangel an gelehrten erwachsenen Personen, da diese vom Lande nach den größeren Städten mit höheren Löhnen ziehen, die Ursache der überhöhen Lehrlingshaltung sein, und in kleineren Städten soll es überhaupt schon schwer halten, Lehrlinge zu bekommen. Ein Druckermeister erklärte, er könne nur noch aus der Zwangsverpflichtung ausnahmsweise Lehrlinge erhalten!

Da müssen ja traurige Zustände herrschen, wenn selbst die Kleinbürger jener Gegend ihre Kinder nicht mehr der Obhut und Erziehung solcher Lehrbetriebe anvertrauen wollen! Selbstverständlich ist es ganz richtig von den Eltern gehandelt, wenn sie ihre Kinder der Ausbeutung entziehen, die gerade in den Kleinbetrieben am allergrößten ist. Ueberanstrengung der Lehrlinge auf der einen und ungenügende Ausbildung auf der anderen Seite finden sich, wie die preussischen Berichte mehrfach zu erkennen geben, gerade in den Kleinbetrieben.

Die Klagen über mangelhafte Geschäftlichkeit der von kleineren Meistern ausgebildeten Handwerker, heißt es im Bericht aus Westpreußen, gewinnt in einigen Industrien immer mehr Berechtigung und sie werden nicht eher verstummen, bis diese Industrien mit den Arbeiterschlüssen auch innerlich einen ehrlichen Frieden schließen, die mannigfachen Unannehmlichkeiten, die die Schulpflichtigen ihrer Natur nach bringen, willig auf sich nehmen und, wie es bei den Staatsbehörden schon mehrfach geschieht, die Ausbildung von Lehrlingen selbst in die Hand nehmen.

Daß es speziell in Westpreußen mit der Lehrlingszucht sehr schlimm aussteht, beweist auch, daß vor kurzem der Danziger Regierungspräsident v. Holwede ein Schreiben an den Verband ostdeutscher Industrieller richtete, in dem er empfahl, der handwerksmäßigen Ausbildung von Lehrlingen in den Fabrikbetrieben größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

„Im Interesse des Ganzen“ sollten die einzelnen Unternehmer die Unannehmlichkeiten tragen, die die Schulpflichtigen für Lehrlinge mit sich bringen. Dieser Appell wird natürlich ohne Wirkung sein, denn in der kapitalistischen Gesellschaft fragt jeder nur noch seine eigene Interesse, nicht nach den Lebensbedingungen seiner Industrie.“

Im Bericht aus Potsdam heißt es: Die von Kleinmeistern stets nur einseitig ausgebildeten jungen Arbeiter genügen den Ansprüchen nicht, sobald umfassendere Kenntnisse und Leistungen für ein größeres Arbeitsgebiet und nicht lediglich Spezialkenntnisse verlangt werden.

Der Beamte für Berlin sagt, daß kleinere Betriebe sich öfter durch ihre schwierige wirtschaftliche Lage verleiten lassen, sich durch Annahme einer zu großen Zahl jugendlicher Arbeiter billige Hilfskräfte zu verschaffen.“

Im Bezirk Erfurt beschwerten sich in 12 Fällen Eltern und Vormünder beim Gewerbe-Inspektor über die Lehrbetriebe wegen Mißhandlung und Nichtgewährung der ausbedungenen Ausbildung.

Im Bezirk Münster fehlt es nicht an Arbeitgebern, welche die billige Arbeitskraft der jungen Leute über Gebühr ausnützen.“

Es sind aber nicht nur die Handwerks- und kleineren Fabrikbetriebe, welche die Lehrlingsausbeutung gewerdmäßig betreiben, sondern auch größere Fabriken. Im Bezirk Siegen wurde in den Städten oft eine unverhältnismäßig große Zahl von Lehrlingen angetroffen. In einer Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen waren 28 Proz. Lehrlinge unter 228 beschäftigten Personen, in einer anderen gleichartigen Fabrik gar die Hälfte und in einer Bauhilfsfabrik wurden 10 Lehrlinge, aber nur 3 Gesellen beschäftigt!

Andere Fabrikbesitzer nehmen überhaupt keine Lehrlinge mehr auf; so verhalten sich im Bezirk Köln die meisten Fabrikanten gegenüber der Aufnahme von Lehrlingen ablehnend mit der Begründung, daß sich die Mühe der Ausbildung nicht lohne, weil die jungen Leute nach Beendigung der Lehrzeit Beschäftigung in anderen Betrieben zu suchen pflegten. Einige Fabrikanten halten es daher für vorteilhafter, die jugendlichen Arbeiter gleich beim Eintritt in irgend einer Spezialmaschine einzudrillen und ihnen Accordlohn gleich den erwachsenen Arbeitern zu zahlen, so daß

jene nach kurzer Zeit schon im ersten Jahre 1,50 bis 2,00 M., im zweiten Jahre 2—3 M. täglich verdienen, während die gleichaltrigen, anderwärts als Lehrlinge eingetretene normalen Schulkameraden nur 50—60 Pf. im ersten und 70—80 Pf. im zweiten Jahre erhalten.“

Das ist für die Unternehmer vorteilhaft, während der jugendliche Arbeiter eine ganz unzulängliche Ausbildung erhält, so daß er, wenn er aus dem Betriebe, auf dessen Maschine er eingebrüllt wurde, entlassen wird, nichts als ein ungelerner Arbeiter ist!

Der Kölner Beamte macht aber auch auf die Ursache aufmerksam, welche die Eltern veranlaßt, ihre Kinder in solche Betriebe zu senden. Es geschieht dies, weil mancher Arbeiter, der eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, auf den Miterwerb der Kinder angewiesen ist.“

So erzeugt die Ausbeutung der Erwachsenen die der Jugendlichen und diese drückt wieder die Löhne der ersteren herab. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung in den §§ 128 und 130, welche dem Bundesrat und den Landescentralbehörden oder den Handwerkskammern das Recht erteilen, die Höchstzahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben zu bestimmen, kann gegen diesen Mißstand nicht helfen. Durch sie wird, wie der Danziger Regierungspräsident in seinem Rundschreiben ganz richtig sagt, die Ausbildung des Nachwuchses ebensoviel an Quantität verlieren wie die Qualität gewinnt, d. h. es wird zwar eine Anzahl Lehrlinge genügend ausgebildet werden, aber diese wird im Verhältnis zum Bedarf viel zu klein sein — und die Folge ist dann, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter, die nur auf irgend eine Maschine eingebrüllt werden, noch mehr wächst! Das liegt ebenso wenig im Interesse der Industrie — wenn auch in dem einzelnen Industrieller — als in dem der Arbeiter. Wirkliche Abhilfe im Interesse der Arbeiter und der Arbeitsleistung kann nur dadurch geschaffen werden, daß, so wie es von unserer Seite schon lange gefordert wird, der Staat durch Errichtung von Lehrwerkstätten für die erforderliche Ausbildung der Lehrlinge sorgt. Die in den Staatsbetrieben bereits errichteten Lehrwerkstätten haben einen zu kleinen Wirkungsbereich. Aufgabe einer wirklichen Socialreform wäre es, für die Errichtung von Lehrwerkstätten aller Verufe und in allen Teilen des Reichs zu sorgen.

Aber das würde sowohl guten Willen als auch Geld kosten — und beides hat an ja für die Arbeiter nicht übrig! —

Freisinnige Retirade. Der Memel-Gehobener Sozialfreisinn hat nunmehr zu der Stichwahl Stellung genommen, und zwar in der Weise, die ihn als würdigen Adepten des Eugen Richterschen Paradesfreisinn zeigt.

Dem „Memeler Dampfboot“ zufolge wurde nämlich in einer Versammlung der liberalen Vertrauensmänner beschlossen, sich bei der am Sonntag stattfindenden Reichstags-Stichwahl der Wahl zu enthalten, jedoch wurde dabei ausdrücklich betont, daß die Nichtbeteiligung an der Wahl nicht als eine Principienfrage aufzufassen sei, sondern, daß es jedem Parteigenossen überlassen bleiben müsse, zu thun, was ihm beliebt.

Wenn wir den tapferen Beschluß der liberalen Vertrauensmänner recht zu würdigen wissen, heißt das, daß man durch offizielle Proklamation der Wahlenthaltung zwar dem blamablen Vorwurf, für die Wahl des Brotwuchers aufgefordert zu haben, listig zu begegnen sucht, daß man aber den Wählern durch die Blume deutlich zu verstehen giebt, daß sie, ohne Principienverrat zu begehen, getrost für den Brotwucherer Watschull stimmen können! —

Das schämige Rasse-Blatt. In ganz verborgener Stelle bringt das „Berliner Tageblatt“ in Anknüpfung an die Mitteilung des definitiven Wahlergebnisses der Memeler Wahl folgende Aufforderung:

„Wir möchten im Anschluß an diese Mitteilung an alle Liberalen des Wahlkreises noch einmal die dringende Mahnung richten, für die Niederlage des Brotwucher-Kandidaten mit aller Kraft sich ins Zeug zu legen.“

Diese Aufforderung befindet sich, wie gefagt, sorgfältig vergraben unter der Spren einiger belangloser politischer Tagesneuheiten, in gewöhnlicher Peitschfrist. Warum wohl das Rasse-Blatt das einsam strahlende Principien-Dicklein so ängstlich unter den Scheffel stellt? —

Freisinn und Brotwucher. Wie der Freisinn den Brotwucher durch die That bekämpft, das sieht man nicht nur in den feigen Abstimmungen gelegentlich der Memeler Stichwahl, auch der Wahlschlampfung in Wollerschen Wahlkreise hat eine solche Erscheinung gezeigt.

In Oberhausen, Kreis Duisburg, hatten die Hirsch-Dunckeren eine öffentliche Protestversammlung gegen den Brotwucher eintreten, welche sehr stark besucht war. An der Diskussion beteiligte sich auch unser Genosse Hengsbach-Köln, der in dem Wahlkreise kandidiert.

Ueber diese Versammlung waren Dr. Max Hirsch und Genossen in Berlin nicht sehr erbad und machten ihrem Groll in folgender Roth Lust: „Seit wann sind unsre Ortsverbands-Versammlungen denn dafür da, den Gewerksvereinen entgegenarbeitenden Reichstagskandidaten Gelegenheit zu geben, ihre Kandidatenreden zu halten?“

Prompt erteilt der „Gewerksvereins-Vote“, das Organ der Rheinisch-Westfälischen Gewerksvereine, folgende Antwort:

„Wir möchten zwei Fragen aufwerfen, erstens: Haben wir das Recht, in einer öffentlichen Versammlung, in der freie Diskussion angelehnt worden ist, einem Redner, der zufällig socialdemokratischer Reichstagskandidat ist, aus diesem Grunde das Wort zu verbieten, und zweitens hat der Referent unrecht, wenn er im Schlusswort den Anwesenden empfahl, sich bei der Wahl die Kandidaten anzusehen. Oder soll der Gewerksverein etwa Propaganda für Dr. Deumer machen? Im Wahlkreise Duisburg-Ruhrort handelt es sich um drei Kandidaturen, die nationalliberale, die Centrums- und die socialdemokratische. Es gab auch einmal eine Zeit, wo eine freisinnige Kandidatur Aussicht hatte — aber das war einmal. Für jeden denkenden Arbeiter handelt es sich um die Frage, welcher Kandidat ist für Handelsverträge und gegen jeden Brotwucher, daraufhin hat er die Kandidaten zu prüfen und danach zu handeln. Dem „Gewerksverein“ (das Organ des Dr. Max Hirsch d. B.) scheinen die selbstverschuldeten trüben Aussichten der freisinnigen Kopfschmerzgen zu verurursachen, die ihn an vernünftigen Folgerungen hindern.“

Diese Antwort aus dem eignen Lager ist für die Berliner Führer der Freisinnigen bitter. Es geht aber daraus hervor, daß die Arbeiter, die den immer noch freisinnigen Berufsorganisationen angehören, unendlich mehr Einsicht haben, als die bürgerlichen Führer, die lieber den Brotwucherer als einen Socialdemokraten hängen lassen.

Ernte-Aussichten. Der Saatenstand im Deutschen Reich war um die Mitte des Monats Juli (Nr. 1) gleich sehr gut, Nr. 2 gleich gut, Nr. 3 gleich mittel, Nr. 4 gleich gering) im Vergleich zum Juni folgender: Winterweizen 3,5 (3,8), Sommerweizen 2,8 (2,6), Winterroggen 2,6 (2,8), Wintergerste 2,9 (2,9), Sommergerste 2,7 (2,7), Sommererbsen 2,6 (2,7), Hafer 2,9 (2,6), Kartoffeln 2,5 (2,4), Klees 3,5 (3,8), Luzerne 3,2 (3,0), Wiesen 3,0 (2,8).

Hiernach haben sich gegen Juni die Ernte-Aussichten wesentlich günstiger für Hafer, Kartoffeln, Klees, Luzerne und Wiesen; wesentlich günstiger wird nach den Erklärungen des Statistischen Amtes zu dem Saatenstands-Bericht die Lage in Bayern beurteilt. In Südböhmen ist der Saatenstand sogar ein sehr günstiger. In Winterroggen erwartet Bayern eine sehr gute bis gute, fast alle Staaten und Landesteile außerhalb Preußens eine nahezu gute Ernte, ausgenommen Anhalt, die beiden Mecklenburg, die hanseatischen Gebiete, Braunschweig

und Meiningen. Innerhalb Preußens sind ebenso günstig wie in Süddeutschland die Aussichten in Hohenzollern, dem Rheinland, Hessen-Nassau und einigen Teilen der Provinz Hannover. Innerhalb wird von der um rund 524 000 Hektar oder um 9 Proz. geminderten Aubauffläche noch eine volle Mittelernte erwartet.

Zu Winterweizen sind die Ernte-Aussichten auch von dem Rest der um rund 726 000 Hektar oder um 88,1 Proz. geminderten Aubauffläche keine günstigen, die Reichsnot beträgt nur 3,5. Bayern weicht durch den bei ihm günstigen Stand vom übrigen Deutsch-land ab.

Der Stand der Sommerung hat sich verschlechtert, am meisten auf leichten Feldern. Innerhalb weisen nach der Reichs-not alle Arten Sommergetreide noch einen über durchschnittlichen Stand auf.

Die günstigsten Aussichten bieten die Kartoffeln.

Der Gumbinner Prozeß. Die „Preussisch-Litauische Zeitung“ bringt folgende Verächtigung: „Wie wir hören, ist die Kaiserliche Ostpreussische Volkszeitung“ in Jasterburg, gegen den Gumbinner-Landmeister Melzer-Gumbinnen und den Dragoner-Vicewachmeister Schneider sei die Unternehmung wegen Verächtlicher Beeinflussung des Dragoners Stopped eingeleitet worden, durchaus unzutreffend und entbehrt jeder Begründung.“

Was beim Militär bestraft wird und was nicht! Während Soldatenthandlungen und sonstige Ueberschreitungen der Autorität nur geringfügig bestraft werden, wenn sie nicht gar straflos bleiben, giebt es beim Militär auch Verbrechen, die ohne Schonung geahndet werden.

Eine größere Anzahl Landwehrlente aus den verschiedenen Orten des Kreises Rastatt — von Rastatt und Rastheim sollen sich allein 40 hinter den „Blitzlichter“ befinden, die den letzten Jahrgängen angehören — erhielten dieser Tage, wie die „Rastatter Volkszeitung“ mitteilt, vom Bezirkskommando Rastatt Aufstellungen, daß jeder am 27. Juli — ein Sonnabend! — einen Tag Mittelarrest im Militärgefängnis abzuhängen hätte, weil diese Leute sich das große Vergehen haben zu Schulden kommen lassen, die letzten Kriegsbeordnungen nicht in den Militärpaz einzuhalten. Es betrifft dieses meistens Leute, die schon über 30 Jahre alt sind und im aktiven Dienst sogar chargiert waren. Ein Gesicht, die Strafe in eine Geldstrafe umzuwandeln, wurde abgelehnt.

Somit sowohl die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes als der Patriotismus der Betroffenen wunderbar gestärkt sein wird. —

Staatsgefährliche Sportleute. Aus Straßburg i. E. wird vom 22. Juni geschrieben: Nachdem die Pariser Automobilseifenfabrik in Berlin eine so begeisterte Aufnahme gefunden haben, und selbst französische Generale in der Reichshauptstadt mit Hurra! empfangen worden sind, hätte man es nicht mehr für möglich halten sollen, daß zwei simple französische Sportleute im Stande wären, die Sicherheit eines Staates in Gefahr zu bringen. Und doch ist dies gestern bei einer hier stattgehabten Ruderregatta der Fall gewesen. Zu derselben hatten sich auch zwei Mitglieder von Pariser Vereinen gemeldet. Als das Polizeipräsidium von dieser scheinbar harmlosen Gefahr Wind erhielt, verbot es dem veranstaltenden Verein, die Franzosen an dem Wettkampf teilnehmen zu lassen. Im Ministerium schien man die Sache jedoch mit minder ängstlichen Blicken zu betrachten und hob deshalb — die letzte That des geschiedenen Herrn v. Putschamer! — auf eingelaufene Reklamation den ersehnten Ullas des Polizeipräsidiums auf. Das Polizeipräsidium begnügte sich jedoch nicht mit dem „Erfolge“, den es an höherer Stelle mit seinem staatsretterischen Eifer eingeleistet hatte, sondern schwang sich zu einer neuen „That“ auf. Es traf die heitere Verfügung, daß die Namen der Rudervereine, denen die französischen Sportleute angehören, auf dem offiziellen Regatta-Programm nicht genannt werden durften. Die Regatta selbst wurde von einem Aufgebot von einem Polizei-Inspektor, zwei Kommissaren und nicht weniger als dreißig uniformierten Schutzleuten überwacht, um gegebenenfalls jede deutschfeindliche oder franzosenfreundliche Kundgebung sofort mit Gewalt unterdrücken zu können.

Ein Hunnenbrief an den „Vorwärts“.

Eine ungewohnte Ehre ist uns zu teil geworden. Ein allüber deutscher Soldat hat offen und unverschölen, ja geradezu mit einer gesuchten Offenheit an uns ein Schreiben gerichtet, und noch dazu ein Abalmann aus Pelling. Das Couvert des Briefes lautet: „Heldpostbrief. An die Redaktion des „Vorwärts“. Berlin Kommandantenstraße.“ Rechts oben ein schwarzer Stempel „K. D. Feldpoststation 316 No. 2. Dazu ein grüner Stempel

S. B.
Ostas. Exped.
Jäger-Compagnie.

Und damit jeder wisse, wer der Absender des Briefes an den „Vorwärts“ ist, notiert der Mann auf der Rückseite des Couverts „Abt. Jäger Ostasche. Ostas. Jäger-Comp. Pelling.“

Allerdings ist der Hunnenbrief dieses deutschen Soldaten, der offen mit dem Centralorgan der deutschen Socialdemokratie in Verbindung zu treten mag, ganz besonderer Art. Keiner der bisher veröffentlichten Hunnenbriefe war an ein socialdemokratisches Blatt, sondern immer an Verwandte und Freunde gerichtet. Dann waren sie zumeist auf einem schlechten Papier mit Bleistift in mangelhafter Orthographie getrigelt. Dieser Brief ist schönes deutsches Postpapier, eingeschlossen in einem deutschen Hancockver, und sauber, regelrecht hingemalt — wie nach einem langjahren, sehr langsamen Diktat. Das numberbarste aber bleibt doch, daß er als Adresse den „Vorwärts“ und offen den soldatischen Absender angiebt. Allerdings das Wunder wird zu einer bloßen märchenhaften Raibetät, wenn man den Wortlaut des Schreibens vernimmt:

Pelling, den 1. Juni 1901.

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.

Seit einiger Zeit, wie auch kürzlich erst wieder, sind mir und auch einem großen Teil meiner hier in China weilenden Kameraden Artikel in Ihrem, wie in einigen Ihnen gleichgesinnten Blättern zu Gesicht gekommen, welche sich speziell auf die Ereignisse hier in China und insbesondere auf Vorkommnisse beziehen, aus welchen Sie zu Ungunsten meiner Kameraden anscheinend Kapital zu schlagen bestrebt sind.

Es ist dieser Umstand nun die Veranlassung zu meinen vorstehenden Zeilen, mit welchen ich Ihnen nicht nur klar zu legen hoffe, wie sehr Sie allen beteiligten Soldaten unrecht gethan haben, sondern mit denen ich auch zu erreichen gedenke, daß einem weiteren Anflug, als welchen ich Ihre Artikel, gesunde gesagt, nur bezeichnen kann, nach Möglichkeit und für fernherhin gesteuert wird. Ganz unverzüglich und mit meinen Kameraden, in deren Sinne und mit deren Uebereinstimmung ich diese Zeilen schreibe, was ich hierbei betonen möchte, ganz unerklärlich war besonders die Art und Richtung Ihrer Angriffe, welche sich entgegen ihrer sonstigen Methode diesmal fast ausschließlich gegen uns Untergebene und nicht gegen unsere Vorgesetzten gerichtet haben.

Ich möchte hierbei doch in erster Linie bemerken, daß Ihre Wortworte über angeblich unkorrektes Vorgehen, z. B. in der Affaire mit dem belgischen Geschäftschafis, Sekretär am Vatamen, Thore doch unmöglich einen Soldaten, der in Anbetracht seiner Pflicht und seiner Instruktionen gemäß übrigens durchaus tadellos und einwandfrei gehandelt hat, treffen können, sondern daß Sie sich mit solchen Anklagen dann höchstens an die Stelle hätten wenden können, von welcher aus diese Instruktionen erteilt sind.

Die einzig richtige Antwort, davon bin ich überzeugt, wäre Ihnen von dieser Seite dann auch gewiß erteilt worden, sich nämlich gefälligst nicht um Dinge zu kümmern, deren Begründung

nur jemand zu beurteilen vermag, der aus eigener Anschauung und auf Grund persönlicher Erfahrungen sich einzig und allein ein Urteil über gar eine Beurteilung dieser militärischen Einrichtungen und Maßnahmen erlauben dürfte.

Sie liefern uns nun aber gerade mit der Wiedergabe ganz haarfälliger Geschichten und mit dem Abdruck von Briefen, welche mit der Bezeichnung „Hunnenbriefe“ leider eine traurige Verhöhnung erlangt haben, den Beweis, daß Sie absolut unfähig sind, auch nur das geringste klare geschweige denn verständliche Urteil über uns und die Vorgänge hier abzugeben, sonst würden Sie von vornherein derartige Briefe als nichts weiter angesehen haben, als was sie in der That sind: Erzeugnisse teils ruhmsüchtiger und renommegelustiger junger Leute, teils solcher, welche mit diesen Schanergerichten und angeblichen Erlebnissen einen, allerdings recht schlechten, Witz haben machen wollen.

Daß letztere hiermit, wenigstens bei Ihnen, Glück hatten, beweist ja die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie solche Märchen als Ernst aufnehmen und noch dazu in „Widrig“ bringen! Sollte Ihnen nun nicht nachträglich und nachdem Sie sich inzwischen wohl schon recht häufig von der Unwahrheit jener Ihnen zur Verfügung gestellten Briefe überzeugt haben werden, schon öfter die beschämende Einsicht gekommen sein, daß Ihre allzu große Vorliebe für die Wiedergabe ähnlicher Schanergerichte Ihnen einen fatalen Streich gespielt hat?

Glauben Sie mir, als einfachen Soldaten, der über die Stimmung und Stimmung unter seinen Kameraden genügend informiert ist, daß Sie sich in erster Linie mit Ihren famosen Briefen ungeheuer lächerlich in den Augen aller gemacht haben, in zweiter Hinsicht aber eines Ablichtens gegen Ihr ganzes Gebahren, mit welchem Sie unsre Führung und unsre Auf- als deutsche Soldaten in den Kot zu ziehen bemüht sind, selbst bei denen hervorgerufen haben, welche früher vielleicht noch geneigt gewesen wären, Ihre Grundzüge und Ansichten in mancher Hinsicht zu teilen und zu verteidigen.

Leider haben wir ja hier die betrübende Gewißheit, daß man sich zu einem Vergeben hat hinreichend lassen, welches er nunmehr mit den härtesten Strafen lange, lange büßen muß, aber Gott sei dank sind derartige Fälle nicht so häufig vorgekommen, daß irgend jemand in der Heimat ein Recht hätte, uns in der Gesamtheit als Barbaren und zuchtlose Soldaten hinzustellen, deren Vergehen in Parallele gezogen werden könnten zu dem Verbrechen, welches Ihre „patriotisch gestimmten“ Chinesen (in Ihrer Nr. 43) an unsrem Geantden begangen haben.

In die ungewohnten und gewiß oft recht schwierigen Verhältnisse hier in China hat sich nicht jeder sonst an sich brave Soldat so ohne weiteres und leicht hineinfinden können, noch weniger aber in den Verkehr und die Umgebung dieser schlitzwängigen und durchweg hinterlistigen, falschen, gelben Söhne des himmlischen Reichs, ist es da nicht erklärlich oder gar unbegreiflich, wenn hier und da bei dem unvermeidlichen Zusammenreffen zwischen so in jeder Beziehung grundverschiedenen Klassen Uebergriffe oder Ueberforderungen der Machtbefugnisse von Seiten eines deutschen Soldaten vorkommen?!

Dieses, sowie meine vorhergehenden Ausführungen zu erwägen und für die Folge beim Schreiben von „Chinaberichten“ in Berücksichtigung zu ziehen, soll für heute mein wohlgemeinter Rat sein, mit dem Hinzufügen, daß ich auch für die Folge bereit sein werde, etwaigen weiteren Angriffen ähnlicher Art und von Ihrer Seite an maßgebender Stelle zu begegnen.

Kug. Gutschke,

Jäger d. 2. Ostasiat. Jäger-Comp., Peking.

Man könnte glauben, daß der kriegsministerielle Commis B. in Luzern jetzt nach dem Scheitern seines ersten Versuchs auf dem Wege zu Chinaberichten zu kommen sucht, daß er jetzt Hunnen-Dementierbriefe fabriziert. Indessen wir zweifeln an der Echtheit dieses Briefes umsoweniger, als er ja ganz den beliebten offiziellen Gedankengang wiedergibt, nur daß man diesmal auf den drohigen Einsatz geraten ist, einen Kapitän an den „Vorwärts“ schreiben zu lassen.

Da wir nach dieser militärischen Bevorgung des „Vorwärts“ annehmen, daß unser Blatt hinfür auch das Leiborgan der Peking-Verfassung sein wird, übermitteln wir unsre kurze Antwort auf das freundliche Schreiben auf diesem Wege: Lieber Jäger Gutschke! Wir danken Dir sehr für Deine und — der anderen Bemühung. Du bestätigst, was behauptet worden ist, und Du wiederlegst, was wir niemals gefogt haben. Wir haben nie alle Soldaten beschuldigt, wir haben überhaupt ausdrücklich den Vorwurf nicht gegen die Soldaten gerichtet — da hat man Dir etwas aufgebunden — sondern vielmehr stets die Methode, das System der Kriegsführung für die am meisten zu Anfang verübten Grausamkeiten verantwortlich gemacht, von denen alle Hunnenbriefe redeten, nicht zumindest auch der Deimige. Mit Verzeihung. Die Redaktion des „Vorwärts“, P. S. Die komische Drohnote Deines Schlupfayes hättest Du Dir ersparen können!

Wie groß aber muß die Einfalt — in China sein! —

Ausland.

Die Militärfrage in Belgien.

Seit 15 Jahren steht in Belgien die Militärfrage auf der Tagesordnung. Radikale und Sozialisten haben für eine gründliche Umwandlung des jetzigen Militärsystems agitiert. Belgien besitzt in Friedenszeiten ein stehendes Heer von 41 000 Mann, das sich rekrutiert aus Freiwilligen und aus Milizen. Je mehr Freiwillige sich melden, desto weniger gelangen zur zwangsweisen Aushebung. Das schmachlichste an dem dort herrschenden System ist das Recht des „Remplacements“, wonach es Söhnen reicher Familien möglich ist, für ein paar hundert Frank sich einen Ersatzmann zu kaufen, der für ihn den Dienst fürs Vaterland ausübt. Neben ihrer grundsätzlichen Bekämpfung des Militarismus überhaupt, hatten die Sozialisten namentlich für die Beseitigung dieses Vorrechtes der Reichen gewirkt. Die jahrelange Agitation hatte zur Folge, daß sich endlich die Regierung und auch die militärischen Kreise mit der Frage befaßten.

Fast alle Heerführer haben sich mit der Zeit als Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht mit Aufhebung des Loskaufsystems erklärt. Alle Kriegsminister und alle Ministerpräsidenten, die in den letzten 15 Jahren im Amt gewesen sind, haben dieselbe Erklärung abgegeben. Selbst der König hat sich bei den verschiedensten Gelegenheiten, öffentlich und privatim ebenfalls zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht geäußert.

Jetzt ist nun das Projekt der Regierung erschienen; an Reformen bringt es nur wenig. Die Dienstzeit der Freiwilligen und der Milizen ist einander gleich gestellt und etwas herabgesetzt. Die aktive Dienstzeit der Infanterie beträgt da nach 20 Monate, die in den zwei Jahren nach der Aushebung zu absolvieren ist; für die Kavallerie beträgt sie 30 Monate, für die Artillerie 28 Monate. Für diejenigen, die 20 Jahre gedient haben, ist eine Pension beziehentlich Versorgung im Civildienst vorgesehen. Sind die Reformen äußerst minimal, so bleiben alle Uebelstände, um deren Beseitigung es vor allem zu thun war, vollkommen weiter bestehen, das Loskaufsystem bleibt aufrecht erhalten. Regierung und Offiziere, sowie der Hof haben lapidariert vor der liberal-konservativen Mehrheit.

Das Volk, das in den letzten Jahren sehr stark von antimilitärischen Tendenzen durchdrängt worden ist, wird diese „Reform“ mit großem Widerpruch aufnehmen. Es wird daraus von neuem die Lehre ziehen, daß von dem Klassen-Parlament, welches auf Grund des Plural-Wahlsystems gewählt worden ist, keinerlei wirk-

liche durchgreifende Reformen zu erwarten sind. Das Projekt der Regierung wird einen neuen Anstoß bilden für die Agitation gegen den Militarismus und für das allgemeine gleiche Wahlrecht. —

Schweiz.

Eisenbahntarif-Reform in der Schweiz.

Zürich, 23. Juli. (Eig. Ber.) Die letzte Nummer des „Schweizer Bundesblattes“ enthält das in der Junisession von der Bundesversammlung erlassene Tarifgesetz, das nicht alle bezüglichen Wünsche erfüllt, aber doch einige Fortschritte gegenüber dem bestehenden Zustande bringt. Bemerkenswert ist zunächst die Bestimmung, daß niemandem ein Vorzug in irgend einer Form eingeräumt werden darf, der nicht unter gleichen Umständen allen andern gewährt wird. Bezüglich der Fahrgehwindigkeit der Personenzüge, auch wenn sie Güterwagen mitführen, wird bestimmt, daß sie im Durchschnitt mindestens 28 Kilometer per Stunde zu betragen habe. Für die gewöhnlichen Personenzüge sind in der Regel nur Wagen mit 2. und 3. Klasse zu verwenden, je nach Bedürfnis können auch solche 1. Klasse mitgegeben werden. Für Schnellzüge sind Wagen aller 3 Klassen einzustellen. Bei Expresszügen kann mit bundesrätlicher Genehmigung die 3. und bei besonderen Verhältnissen auch die 2. Klasse ausfallen. Züge von rein lokaler Bedeutung dürfen sich auf nur dreiklassige Wagen beschränken. Für die Festsetzung der Fahrpreise wurde insofern an den bestehenden Zustand angeknüpft, als aus den geltenden Tarifen der verschiedenen Schweizerbahnen die niedrigsten Sätze entnommen und zur Norm für die Bundesbahnen gemacht wurden. Danach beträgt der Fahrpreis für den Kilometer:

	Einfache Fahrt Centimes	Hin- und Rückfahrt Centimes
I. Wagenklasse	10,4	15,8
II. "	7,8	10,9
III. "	5,2	6,5

Die Gültigkeit des Retourbiletts beträgt mindestens 10 Tage. Der Bundesrat hat also das Recht, dieselbe eventuell auch auf 45 Tage zu verlängern. Sehr billig erscheint im Verhältnis zur einfachen Fahrkarte die Retourkarte und für das praktische Leben bedeutet diese Reduktion, daß in Zukunft, wenn die Nordostbahn Bundesbahn geworden ist, ein Retourbillet 3. Klasse zum Beispiel für die Fahrt von Zürich nach Winterthur und umgekehrt, die eine Länge von 27 Kilometer hat, nur 1,75 Frank kosten wird, während es jetzt 2 Frank kostet, so daß die Verbilligung 12 1/2 Proz. beträgt. Die einfache Fahrkarte hingegen ändert an dem jetzigen Tarif der Nordostbahn nichts. Für die Vermengung von Schlafwagen und Luxuszug sowie für Bahnstrecken mit starker Steigung kann ein Zuschlag erhoben werden; immerhin darf auf den Bahnstrecken, welche gegenwärtig solche Zuschläge nicht erheben, auch in Zukunft keiner erhoben werden. Für Kinder unter 4 Jahren wird keine Taxe erhoben, während gegenwärtig für die unentgeltliche Fahrt 3 Jahre die Altersgrenze bilden; Kinder von 4—10 Jahren zahlen die halbe Taxe. Die Erhöhung der Altersgrenze auf 15 Jahre wurde leider abgelehnt. Das Gesetz giebt jedoch dem Bundesrat das Recht, die Altersgrenze von zehn Jahren zu erhöhen. Für den Abkommensverkehr mit Einschluß der General-Abkommens, der Arbeiterbiletts und der Schülerbiletts für den Nordostbahnverkehr, sowie für Gesellschaften und Schulen sind besondere Ermäßigungen zu gewähren. Mit Zustimmung des Bundesrats können Stationstaxen (Kontartaxen) und Kilometerbeste eingeführt werden. Reisegepäck bis zu 10 Kilogramm Gewicht wird unentgeltlich befördert, darüber hinaus bis zu 100 Kilogramm kostet es 6 Rappen per Kilometer.

In gleicher Weise wie bei der Aufstellung des Personentaris wurde auch bei der Aufstellung des Gütertarifs verfahren.

Die besondere Bedeutung des schweizerischen Tarifgesetzes liegt ohne Zweifel darin, daß es bereits Bestimmungen enthält, welche ohne weiteres eine fortschrittliche Ausgestaltung des Tarifs ermöglichen. Es wird sich später nur darum handeln, die Gewährung der hier vorgesehenen neuen Einrichtungen und Erleichterungen zu fordern und durchzusetzen. —

Frankreich.

Chambinisch ausgebaute Kirmesprägelei. Die aus Arncliffe berichtet wird, entstand anlässlich der dortigen Kirmes zwischen Franzosen und Engländern einerseits und einer Anzahl junger Deutscher andererseits, welche der Kirmes bewohnten, ein blutiges Handgemenge, wobei sieben junge Leute durch Messerstiche verwundet wurden, darunter drei schwer. Vier Deutsche sollten verhaftet worden sein, während sich die andern über die Grenze begaben. Die französischen jungen Leute der Umgebung sind über den Zwischenfall sehr erregt. Sie sprechen davon, in großer Anzahl sich über die Grenze zu begeben, um die Schuldigen selbst zu bestrafen. So behaupten wenigstens einige radikalistische Boulevardblätter. Es wird wohl nicht so schlimm werden! —

Fran Ojewska erklärt, sie habe am 14. Juli beabsichtigt, den Minister des Äußern Delcassé zu erschießen. Sie habe jedoch in dessen Wagen seine Gattin und Tochter gesehen und infolgedessen ihren Entschluß geändert und auf den Minister der öffentlichen Arbeiten Waudin geschossen. Fran Ojewska wird nicht wegen eines Attentats, sondern wegen Thätlichkeit angeklagt, da man annimmt, daß der Revolver nicht geladen war. —

Italien.

Rom, 23. Juli. Auf Anweisung seiner Regierung gab der amerikanische Geschäftsträger heute dem Minister Prinetti folgende Erklärung ab: Auf die Meldung, daß in dem Orte Cerwin (Mississippi) Italiener geknast worden seien, hat der Gouverneur des Staats Mississippi eine Untersuchung vorgenommen, und die Regierung der Vereinigten Staaten wird nach Feststellung der Thatsachen alle gesetzlichen Schritte thun, um die gerichtliche Bestrafung der Schuldigen zu sichern. Prinetti nahm von der Erklärung Akt und bemerkte, er hoffe zuversichtlich, die Nachforschungen nach den Schuldigen würden von den zuständigen Behörden in solcher Weise geführt werden, daß vermieden werde, daß auch dieses Mal wie früher das Verbrechen ungestraft bleibt. —

Spanien.

Madrid, 24. Juli. Sagasta erklärte, zu den Arbeiten, welche die Regierung während der Parlamentsferien zu unternehmen gedauke, gehöre die Aufstellung einer Grundlage zur Anschaffung eines Geschwaders und die Pachtung von Arsenalen. —

Rußland.

Die Rußland abrückt. Die Wehrpflicht-Frage ist nun höchsten Orts entschieden. Von dem bestehenden finnländischen Militär werden nur das Gardebataillon und das Dragonerregiment beibehalten. Die übrigen acht Scharfschützen-Bataillone sollen bis zum Jahre 1903, da dann dieses Gesetz in Kraft tritt, aufgelöst werden. Die Garde und die Dragoner können sowohl in Friedenszeiten als auch in Kriegszeiten auf Befehl des Kaisers außer Landes geführt werden. Für das laufende Jahr werden zum Dienst bei den aktiven Truppen 500 Mann aufgegeben.

Diese etwas unklare und fast unglücklich erscheinende Mitteilung wurde den skandinavischen Zeitungen in der vorigen Woche aus Helsingfors telegraphiert. Nun ist das Gesetz amtlich publiziert worden und es besteht kein Zweifel mehr: die Militärlasten werden für die Finnländer bedeutend vermindert, in Finnland wird mit der Abschaffung begonnen, ohne daß der „Friedens-Jar“ wenigstens bis jetzt — eine entsprechende Gegenleistung für seine Gnadengabe verlangt.

Nach dem seit 1878 geltenden Wehrpflicht-Gesetz mußte sich jeder Finnländer im 25. Lebensjahr zwecks Erfüllung seiner Dienstpflicht einer Auslosung unterwerfen. Die Wehrpflicht dauerte 3 Jahre im aktiven Dienst und 2 Jahre in der Reserve. Diejenigen, die zum aktiven Dienst nicht herangezogen wurden, gehörten 6 Jahre der

Reserve an und wurden während dieser Zeit dreimal zu Waffenübungen eingezogen. Die finnländische Armee bestand bisher aus: 1 Gardebataillon, 1 Dragoner-Regiment und 8 Scharfschützen-Bataillonen, die zusammen eine Friedensstärke von ca. 6000 Mann und 238 Offizieren ausmachten. Was dieser Armee das nationale Gepräge gab, war die ausdrückliche Bestimmung, daß die Offiziere und die Unterbefehlshaber finnischer Nationalität sein sollten. Veränderungen in der Heeresorganisation sollten nur mit Zustimmung der Ständevertretung vorgenommen werden. Nun ist durch diesen russischen Willkür festgelegt worden, daß nur solche Finnen Offizier oder Unteroffizier werden können, die der russischen Sprache mächtig sind. Die Stärke der finnischen Truppen wird auf ca. 1150 Mann herabgesetzt (das in Helsingfors liegende Gardebataillon zählt 550 Mann und das Dragoner-Regiment in Wilmanstrand 600 Mann). Die Konsequenz dieser Maßnahme wird wohl sein, daß die in Finnland stationierten russischen Truppen, die jetzt zusammen 300 Offiziere und 6200 Mann betragen, bedeutend vermehrt werden und wahrscheinlich wird es dann mit den finnischen Wehrpflichtigen in Zukunft grade so gehalten werden, wie mit denen aus Polen und den Ostprovinzen, die zu drei Vierteln auf alle russischen Infanterieregimenter verteilt werden. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß auch für die Finnen dann die insgesam 23-jährige Dienstpflicht der Russen eingeführt wird, mit dem 5-jährigen schweren Dienst bei der Fahne.

Daß die russischen Gewalthaber die vom Jaren beschworene Konstitution Finnlands für nichts erachten, das haben sie auch wiederum dadurch gezeigt, daß sie die verfassungsgemäße Bestimmung, wonach die finnländischen Truppen in Friedenszeiten nur innerhalb Finnlands verwendet werden, einfach umgestoßen haben. —

Asien.

Waldersee-Obationen.

Port Said, 24. Juli. Im Auftrag der Hamburg-Amerika-Linie wurde dem Feldmarschall Grafen Waldersee ein Blumen-Arrangement überreicht. Am Vormittag stattete der Kommandant des englischen Stations-Schiffs dem Feldmarschall einen Besuch ab. Mittags ging Graf Waldersee an Land und besuchte das deutsche Konsulat. Nachmittags machten die Mannschaften, die seit der Abfahrt von Nagasaki zum erstenmal wieder Landurlaub erhalten hatten, eine Hafenrundfahrt. Die „Gera“ läuft, mit Gesundheitspässen des englischen, französischen und italienischen Konsulats versehen, am Abend von hier aus.

Die „Hamburg-Amerika-Linie“ hat freilich alle Ursache, sich des Chinafeldzugs und der Weltfeldmarschallenschaft zu freuen. So fette Kneederprofite fallen selten ab!

Aber ein Blumen-Arrangement und keine Lorbeern? —

Der Boeren-Krieg.

Englische Schlappen.

Nach einem Telegramm Lord Kitcheners aus Pretoria wurde ein Kapplatt kommender Überzug, bestehend aus Wagen mit Gerätschaften und Vorräten am 21. früh 8 Meilen nördlich von Bearfont West von Smeets Kommando angehalten, ausgeplündert und in Brand gesetzt. Auf englischer Seite wurden von der 113 Mann starken Bedeckungsmannschaft 3 Mann getötet und 18 verwundet.

General French berichtet, Oberst Crabb sei mit 300 Mann in den Bergen bei Gradob bei Tagesanbruch am 21. Juli von Kruijinger angegriffen worden. Die Pferde der Engländer seien durchgegangen (1) und Crabb habe sich, nachdem der Kampf den ganzen Tag gedauert, auf Mortimer zurückziehen müssen. Die englischen Verluste seien gering. (2) Diese schlimmen Posten, die in England sehr unliebsam aufgenommen worden sind, vermag ein englischer Erfolg nicht aufzuwiegen. Dieser Erfolg bestand nach einer Meldung aus Middeburg in Folgendem:

Das Lager des Kommandos Patgans wurde am Sonntag von Oberst Lutin überrascht. Zehn Boeren wurden gefangen genommen, 105 Pferde und 70 Gewehre erbeutet.

Vordringen der Boeren nach dem Süden.

Den „Times“ wird aus Krügersdorp vom 22. d. M. telegraphiert: Oberst Alenby berichtet, daß vor einigen Tagen etwa 1000 Boeren Kromdraai bei Krügersdorp passiert haben. Auch durch die Erzählungen von Boeren, die sich ergeben haben, wird bestätigt, daß alle Boerenführer sich noch einmal zu einem Vorstoß nach dem Süden aufzudenken.

Die Deomanry erhält keinen Sold!

„Daily Mail“ veröffentlicht mehrere Briefe von Deomanry, welche versichern, daß sie bis jetzt ihren Sold noch nicht bekommen haben und ihn trotz aller Aufforderungen nicht erhalten können.

Wußt da das Geld knapp sein!?

Abnorme Sterblichkeit in den Konzentrationslagern.

Einer dem Parlament zugegangenen Druckschrift zufolge befanden sich während des Monats Juni in den Konzentrationslagern in Südafrika 85 410 weiße und 23 489 farbige Personen. Davon starben 777 Weiße und 5 Farbige. Das wäre eine Sterblichkeit von über 10 Proz. im Jahr!

Partei-Nachrichten.

Aus angeblich „gewerkschaftlichen Kreisen“ läßt sich die „Berliner Zeitung“ einen Artikel schreiben, worin der alte Scherz in neuer Form angebracht wird, daß die Sozialdemokratie nicht die Vertreterin der Arbeiter sei. Als Beweis dafür soll diesmal dienen der Konflikt der Buchdrucker in Leipzig mit der „Leipziger Volkszeitung“, und der Spruch des Partei-Schiedsgerichts in Sachen der Hamburger Accordmaurer. Die Schlussfolgerung wird in der Weise gemacht, daß man sagt, die sozialdemokratische Partei habe die Beschlüsse der zwei in Frage kommenden Gewerkschaftsorganisationen nicht respektiert, in den Berufsorganisationen aber verkörpert sich die Arbeiter; folglich habe sie die Beschlüsse der Arbeiter nicht respektiert, und zwar, da die Beschlüsse der zwei Gewerkschaften gleich seien den Beschlüssen der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands, die im „Gewerkschafts-artikel“ organisiert seien, entstehe damit der Gegensatz der sozialdemokratischen Partei zur gesamten Arbeiterchaft Deutschlands, folglich ist die Sozialdemokratie nicht die Vertreterin der Arbeiter.

Es ist nicht unsre Absicht, ernsthaft gegen diesen Unsinn zu polemisieren; wir nehmen davon nur Notiz wegen des neuen Gewandes, in das er sich kleidet. Die „gewerkschaftlichen Kreise“, die sich ein Vergnügen daraus machen, das so oft von den Arbeiterfeinden aller Schattierungen geblasene Lied in neuer Instrumentierung vorzutragen, sind jedenfalls in einer „Gewerkschaft“ von Leuten zu suchen, deren Gewerbe die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiter ist. Was wir unter „gewerkschaftlichen Kreisen“ verstehen, das hat kein Interesse daran, unter der falschen Flagge der Arbeiterfreundschaft den Versuch zu machen, Gegenstände zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der Arbeiter künstlich zu konstruieren. Damit scheiden wir von den gewerkschaftlichen Kreisen der „Berliner Zeitung“.

In dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit unserer Reichstags-Fraktion ist dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen, der hiermit richtig gestellt sei. Es heißt darin, daß die Wahl Haneln in Kiel bereits gültig gesprochen sei, das ist jedoch nicht der Fall. Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß am 11. Dezember 1900 entgegen dem Antrage des Berichterstatters Senofen Richard Fischer auf sofortige Kasserung der ganzen Wahl, vorläufige Beanstandung und Ergänzung des Beweismaterials. Diesem Beschlusse ist der Reichstag am 25. Februar 1901 debattellos beigetreten. Seitdem ist in der Sache nichts weiter geschehen. Die Resultate der neuen Erhebungen sind noch nicht eingegangen.

Der thüringische Parteitag wird vom geschäftsführenden Ausschuss der Socialdemokratie Thüringens für den 17. und 18. August nach Erfurt einberufen.

Gemeindevahlen in Hessen. In Klein-Arbeim brachten unsere Genossen zwei Kandidaten durch, während in Rumpenheim ein Genosse gewählt wurde.

Der Parteitag der dänischen Socialdemokratie.

Die in der Sonntagsitzung zur Vollfrage gefasste Resolution lautet wie folgt: Der Kongress verlangt, daß bei einer Steuerreform die Reform der Pölle an erste Stelle gesetzt werde.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen; ebenso die folgende, auf die Wahlrechtsfrage bezügliche: Der Kongress erklärt, daß eins der wirksamsten Mittel der Socialdemokratie zur Erwerbung der Herrschaft in Staat und Gemeinden das allgemeine Wahlrecht ist.

Nach den vorgenommenen Statutenänderungen gehören von jetzt ab dem Hauptvorstand der Partei 48 Mitglieder an. Hier von werden 22 von den Abteilungen des socialdemokratischen Verbandes in Kopenhagen (Stadt und Amt) gewählt.

Rach den vorgenommenen Statutenänderungen gehören von jetzt ab dem Hauptvorstand der Partei 48 Mitglieder an. Hier von werden 22 von den Abteilungen des socialdemokratischen Verbandes in Kopenhagen (Stadt und Amt) gewählt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Former und Siedereiarbeiter der Union-Electricalitäts-Gesellschaft dauert unverändert fort.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

An die organisierten Arbeiter in Charlottenburg.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei der Benutzung von Vorbürgerkarten den Arbeitgeber selbst nach der Kontrollkarte, und wenn sie nicht vorhanden ist, dann verlaßt das Geschäft, ohne Euch bedienen zu lassen.

In Berlin hat die Kontrollkarte wahre Wunder gezeitigt. Ueber 400 Kollegen sind der Organisation beigetreten infolge des eifrigen Nachfragens der Arbeiter nach der Kontrollkarte.

Die Arbeitgeber können jeden Abend von 9-10 Uhr ihre Unterschrift leisten im Lokal von Bernice, Wisniewski 34.

Deutsches Reich.

Die Metallschlosser der Flügelpumpen-Fabrik von Albert Knauth in Breslau legten wegen fortgesetzter Accordarbeit die Arbeit nieder. Im Auslande befinden sich 20 Personen.

Die Mühlenarbeiter in Breslau haben den Mühlenbesitzern folgende Forderungen eingereicht: Abschaffung der Accordarbeit. Für Gantgeschleifen, Schärfer und Borarbeiter 4,50 M., für alle sonstigen Arbeiter 4 M. Lohn pro 12stündige Arbeitsschicht.

Der Streik der Kohlearbeiter in Lübeck ist beendet. Sechs und eine halbe Woche haben die Streikenden den Kampf geführt, ohne daß es ihnen gelungen ist, die Unternehmer zur Anerkennung ihrer Forderungen zu veranlassen.

Der Maurerstreik in Vant-Wilhelmsbaven ist nunmehr endgültig beigelegt. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern wird vom 1. Januar 1902 ab ein Stundenlohn von 52 1/2 Pf. gezahlt.

Ausland.

Arbeiterbewegung in Italien.

Den Streiks der Landarbeiter, die durchaus noch nicht alle beendet sind, sind eine ganze Reihe Streiks industrieller Arbeiter gefolgt. Ueberall schließen sich die Arbeiter zusammen, gründen Organisationen und versuchen eine Verbesserung ihrer elenden Lage herbeizuführen.

In Rom haben die Bauarbeiter in der Zahl von mehreren Tausend die Arbeit niedergelegt; ihnen haben sich etwa 600 Steinmetzen angeschlossen. Auch in Monza streiken die Maurer schon seit längerer Zeit; wie gering ihre Bezahlung sein muß, geht aus den von ihnen aufgestellten Forderungen hervor.

Die Arbeiter der Tabakmanufaktur von Florenz und Turin haben sich mit ihren Arbeitsbrüder in Mailand solidarisch erklärt und wollen eventuell ebenfalls in den Streik eintreten.

Auf Sardinien dauert der Streik der Eisenbahn-Angestellten fort. Es sind die Angehörigen einer Sechshunderts, die sich in den Händen von Privatunternehmern befindet.

Zwischen dem Ministerpräsidenten Zanardelli, den Ministern des Innern, der öffentlichen Arbeiten und des Krieges haben in den letzten Tagen zahlreiche Konferenzen bezüglich des sardinischen Eisenbahnstreiks stattgefunden. Zu denselben waren auch Vertreter der Gesellschaft (nicht aber der Arbeiter) und der Eisenbahn-Inspektor zugezogen.

Bei allen diesen Streiks — das müssen auch bürgerliche Blätter zugeben — herrscht die größte Ruhe und Ordnung. Die meisten der streikenden Arbeiter sind zum größten Teil organisiert und üben das Koalitionsrecht in der denkbar legalsten Weise aus.

Sind die Konsulate Streikbrecher-Vermittlungsanstalten? So fragt die „Ny Tid“ (Neue Zeit) in Göteborg und erzählt folgendes eigenmächtiges Ereignis: Zwei in Paris beschäftigte deutsche Arbeiter lasen in französischen Zeitungen, daß bei Köffel in Arlöf (Schweden) Arbeiter gesucht würden.

Durch die Organisation ihrer Fachgenossen in Göteborg erhielten die beiden Arbeiter Kenntnis davon, daß ihre Kollegen in Christiania sich seit nahezu einem Jahre im Auslande befinden. Sie erhielten dann das ihnen vom Konsulat verweigerte Reisegehd von der Gewerkschaft und begaben sich nach Deutschland.

Die „Ny Tid“ giebt ihrem Unwillen über das Geschehene Ausdruck und fügt hinzu: Es ließe sich doch unmöglich mit den Aufgabern der Konsulate vereinbaren, daß sie in parteiischer Weise in den Klassenkampf eintriften und ehrliche Leute zu Streikbrechern machten.

Aus Vastia (Korsika) wird gemeldet: Der Ausstand der Wohnangestellten ist beendet. Die Jäger werden von heute ab wieder regelmäßig verkehren.

Der Stahlarbeiterstreik in Amerika. Es verlautet, der juristische Beirat der „American Sheet Steel Company“ habe sich an die Bundesgerichte gewandt um Erlaß einer Verfügung, die es den Ausständigen verbietet, sich in die Angelegenheiten der Unionisten zu mischen.

Ferner wird gemeldet, Herr Morgan, der Leiter des Trusts, habe den Versuch gemacht, die Arbeit am Montag in den Stahlwerken durch Streikbrecher aufnehmen zu lassen; dieser Versuch sei jedoch völlig schlagelagen. Dem „Morning Leader“ wird hierzu aus New York telegraphiert: In Modesport wurden um Mitternacht die Schmelzöfen angezündet, worauf die Patrouille der Streikenden die vorher verabredeten Signale von Lichtblitzen, Raketen und Kanonenschuß gab und damit die Streikenden in ihren Betten aufweckte.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen in der Armenpflege. Seit März 1900 sind in Bremen Frauen zur Armenpflege herangezogen; ihre Zahl beträgt gegenwärtig 48. Ueber ihre Wirksamkeit spricht sich der Jahresbericht der städtischen Armenpflege außerordentlich anerkennend aus.

Das Zusammenarbeiten der Pfleger und Pflegerinnen hat sich weiter eingelebt und befestigt; in einer größeren Anzahl von Bezirken nehmen die Frauen regelmäßig an den Bezirksversammlungen teil, und es wird wohl kaum noch von irgend einer Seite bezweifelt, daß in der Beteiligung der Frauen ein zur individualisierenden Armenpflege unerlässlich Faktor erblickt werden muß.

Gegen Ende des verfloffenen Rechnungsjahres ist seitens der Armenpflegerinnen, denen besonders die Kinder auf Haltung zur Pflege übergeben sind, darauf hingewiesen worden, daß es ihnen erwünscht und in vielen Fällen nötig erscheine, die Pflegefähigkeit für Halbwachsende nicht, wie bisher, regelmäßig mit der Konfirmation eiden zu lassen, sondern sie wenigstens auf ein weiteres Jahr, nachdem die Kinder in ein Dienstverhältnis getreten sind, auszuzeichnen, wobei die Bereitwilligkeit, sich der erwähnten Tätigkeit zu unterziehen, ausgesprochen ward.

Soziales.

Die Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler hält ihre Generalversammlung z. B. in Frankfurt a. M. ab. Die Kasse feiert in diesem Jahre ihr fünfundsingzigjähriges Jubiläum; der Gründungsbeschluch wurde gleichfalls in Frankfurt a. M. von den 48 Delegierten des Tischlerkongresses am 27. Juni 1876 gefaßt.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: Zinsen von belegten Kapitalien 104 200,08 M., für Eintritt und Mitgliedsbächer 83 537,05, Beiträge 4 085 655,25, etc.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: An ärztlicher Behandlung, Arznei u. Heilmitteln 716 942,83 M., Angehörigen-Unterstützung 18 983,72, etc.

Demnach ist die Ausgabe um 296 185,70 M. größer als die Einnahme und sind allein davon im ersten Quartal dieses Jahres 184 968,05 M. mehr verausgabt.

In den verfloffenen 25 Jahren hat die Kasse vereinnahmt 29 284 698,78 M. und verausgabt 27 546 229,92 M., also ganz respectable Summen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen-Unterstützung in Zürich. Nach dem Bericht des Arbeitersekretariats der Stadt Zürich haben sich im letzten Winter bei dem Sekretariat 1158 Arbeitslose gemeldet, wovon 43 dem weiblichen Geschlechte angehörten.

Tuberkulose-Kongress.

London, 24. Juli. (W. Z. B.) An den geistigen Vortrag des Professors Dr. Robert Koch in der heutigen öffentlichen Sitzung des Tuberkulose-Kongresses schloß sich eine längere Debatte an. Professor Lister sagte, Kochs Ausführungen über die Nicht-übertragbarkeit der Krankheit von tuberkulösen Kindern auf den Menschen seien ziemlich überzeugend, doch handele es sich um einen so wichtigen Punkt, daß er eine weitere Untersuchung für nötig halte.

Heute veranstaltete die medizinische und pathologische Sektion des Tuberkulose-Kongresses eine gemeinsame Sitzung, in der über das Tuberkulin verhandelt wurde. Dr. Heron eröffnete die Sitzung mit einem Vortrage, in welchem er für den therapeutischen und diagnostischen Wert des Tuberkulins entschieden eintrat.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Kongresses hielt Professor Rouardel den Hauptvortrag, in welchem er unter anderem darlegte, daß er sich der Ansicht Professor Kochs, wonach die Schwinducht durch Milch und Fleisch tuberkulöser Kinder nicht auf Menschen übertragen werden könne, keineswegs angeschlossen habe.

Lezte Nachrichten und Depeschen. Verhafteter Trebertrocker. Kassel, 24. Juli. (W. Z. B.) Im Gebäude der Altengemeinschaft für Trebertrocknung wurde heute nachmittags das Mitglied des Ausschusses Otto aus Dortmund kurz nach seiner Ankunft hier verhaftet.

Wien, 24. Juli. (W. Z. B.) Den hiesigen Abendblättern wird aus München am Stein gemeldet: Von dem D-Reg. Ostel-Holland entgleiten heute Nachmittag 8 Uhr bei der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof die drei letzten Wagen.

Paris, 24. Juli. (W. Z. B.) Ein aus Rom kommender Prälat erklärte mehreren Journalisten, die männlichen Kongregationen in Frankreich seien entschlossen, die auf Grund des Vereinsgesetzes eingeholenden Erlaubnisgesuche bei der Regierung nicht einzureichen, es vielmehr auf die Verfolgung der Regierung ankommen zu lassen.

Konstantinopel, 24. Juli. (W. Z. B.) Nachdem festgestellt worden ist, daß die Pest aus Ägypten eingeschleppt wurde, ist die Quarantäne für ägyptische Provenienzen auf zehn Tage erhöht worden.

Paris, 24. Juli. (W. Z. B.) Der Kriegsminister machte in einem Tagesbefehl die Truppen mit den neuen Vorschriften bekannt, die im Haag vor der internationalen Friedenskonferenz zum Beschluß erhoben wurden.

New York, 24. Juli. (W. Z. B.) Ein Boot des am Montag von Kallatia hier eingetroffenen und seither in Quarantäne liegenden Dampfers „Hohenfels“ ist ein indischer Heizer, der an der Venenpest in leichter Form leidet.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ad. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Wiegand in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Arbeiter! Parteigenossen!

Im Herbst dieses Jahres finden die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Die zur Wahl stehenden Bezirke haben wir in unserer Mitwohnnummer gebracht. Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J. an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und an den

Sonntagen von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 10, 2 Treppen, Zimmer 57, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Wahlberechtigt

Ist jeder selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, wenn er seit mindestens einem Jahre in Berlin wohnt und im letzten Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, und wenn er mindestens zur zweiten Steuerstufe 600 bis 900 M. eingeschätzt ist und die Steuern bezahlt hat. Der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist gleich zu erachten die eigene Krankenhausbehandlung oder die Verpflegung Angehöriger im Krankenhaus, für deren Unterhalt der Betreffende zu sorgen hat. Selbständig ist jeder, der einen eigenen Haushalt oder die selbständige Verpflegung über einen Raum hat. Chambergarneristen sind wahlberechtigt, Schlafburgen nicht.

Wahlberechtigt ist aber nur

Wer in der Wählerliste steht.

Deshalb darf kein Parteigenosse, kein Arbeiter versäumen, die Wählerliste einzusehen. Wer die Voraussetzungen des § 5 der Städte-Ordnung erfüllt und trotzdem nicht in die Wählerliste eingetragen ist, der erhebe in der Zeit

vom 15. bis 30. Juli

Einwendung gegen die Richtigkeit der Wählerliste. Spätere Einwendungen, als in dieser Zeit gemachte, bleiben unberücksichtigt.

Die Einwendungen sind schriftlich an den Magistrat einzureichen.

Wer also von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will, der versäume nicht, die Liste einzusehen. Wer die Liste einsehst, nehme die letzte Steuerquittung als Legitimation mit.

Um denjenigen Parteigenossen, die nicht die Zeit haben selbst die Listen einzusehen, die Gelegenheit zu geben, sich trotzdem zu überzeugen, daß sie aufgenommen sind, haben sich unten verzeichnete Parteigenossen bereit erklärt, die Einsicht zu besorgen.

Wer also nicht selbst Zeit hat, nachzusehen, trage seine letzte Steuerquittung möglichst schon heute zu einem der nachbezeichneten Genossen, der die Einsichtnahme besorgt und jede sonstige Auskunft gern geben wird.

Für den 4., 9. und 10. Wahlbezirk.

Albert Quandt, Belle-Alliancestr. 74. Schröder, Kreuzbergstr. 15. Hans Sah, Markgrafenstr. 102. Paschke, Gräfenstr. 31. Ferd. Gwald, Schönleinstr. 6. Emil Lindemann, Moritzstr. 9. Wih. Reichelt, Gasenfelde 47. C. Große, Baruther- und Jossenerstr. Ede. Herrn. Daxel, Willowstr. 59. Otto Antritz, Steinmetzstr. 60. Hammer, Dennewitzstr. 2.

Für den 11. und 12. Wahlbezirk.

W. Wörner, Eigarrengeschäft, Ritterstr. 15. S. Schnieber, Restaurateur, Admiralsstr. 21. M. Schönmann, Restaurateur, Schallerstr. 7. Franz Krüger, Restaurateur, Rauhstr. 54. Gottfr. Schulz, Eigarrenhandlung, Admiralsstr. 40a. Kottbuser Thor. Habise, Adalbertstr. 15. Grundmann, Rauhstr. 78. Moha, Oranienstr. 189. Wählich, Adalbertstr. 4. Ende, Kottbuserstr. 6. Eichenborf, Schallerstr. 17. Richter, Mariannestr. 41. Schwid, Mantuffelstr. 74. Gummich, Reichensbergerstr. 149. Schulz, Mantuffelstr. 72. Liedemann, Reichensbergerstr. 54. Schlett, Wienerstr. 1-0. Schneider, Mantuffelstr. 88.

Für den 22. Wahlbezirk.

Franko, Polshadenstr. 9. Horn, Markstr. 28. Wiebe, Frankfurterstr. 38. Tempel, Frankfurterstr. 10. Schlenker, Polshadenstr. 29.

Für den 23. Wahlbezirk.

Borngräber, Fruchtstr. 52. Wühl, Rüdigerdorferstr. 20. Schulz, Friedrichselderstr. 21. Nisch, Kopenstr. 13. Veeg, Fruchtstr. 20. Schulz, Blumenstr. 14.

Für den 29. Wahlbezirk.

Dixinger, Lintenstr. 218. Wille, Grenaderstr. 35. Knüttch, Dirlenstr. 10.

Für den 41. Wahlbezirk.

Opitz, Klaffenstr. 58.

Schönhäuser Vorstadt.

Rord, Kastanien-Allee 96. Reitmung-Spedition. Anke, Schwedterstr. 14 v. 4. Reier, Oberbergerstr. 99. Rabunopf, Dunderstr. 12. Roberling, Schliemannstr. 33. Schwars, Schliemannstr. 42. Wepold, Ebornerstr. 30. Carl Schulz, Pappel-Allee 106. Augustin, Schönhäuser Allee 78. Gobin, Preuzlauer Allee 292. Emil Schmidt, Tredeowstr. 22. Siebert, Wörberstr. 15. Lamprecht, Wörberstr. 39. Emil Nieb, Danzigerstr. 53. Müller, Anlestr. 40. Eigarrengeschäft, Grodler, Hochmeisterstr. 25. Dierke, Schwedterstr. 33. Schönfeld, Fehrbellinerstr. 9. Reidler, Tredeowstr. 33.

Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt.

S. Masche, Weinthalstr. 65. A. Dyrke, Pankstr. 13. Loden, B. Brinkmann, Prinzen-Allee 21. Prof. Steintnerstr. 17. Knoblich, Soldinerstr. 30. Wärlch, Drontheimerstr. 1 c. Lörrich, Pankstr. 32 d. Nachgänger, Swinemünderstr. 34. Döring, Nippinerstr. 21. Eigarren-Laden, Rosin, Nippinerstr. 42. Armet, Swinemünderstr. 28. Jäger, Swinemünderstr. 20. Reimann, Wöllinerstr. 44. Hoffmann, Swinemünderstr. 47. Schmidt, Kamlerstr. 28. Krühl, Klagenstr. 15. Lorenz, Volkstr. 45. Herrmann, Butbuserstr. 45. Wiehle, Brunnenstr. 55. Bertels, Nippinerstr. 49. Krodne, Blons-Hradplatz 3. August Weiser, Veteranenstr. 4. Charlet, Ackerstr. 152. Doppe, Ackerstr. 21. Metzger, Brunnenstr. 181, 2. S. 1 Tr.

Wedding und Oranienburger Vorstadt.

Vergemann, Gerichstr. 74. Haupe, Gerichstr. 79. Schulz, Gerichstr. 80. Wlter, Gerichstr. 62. Lonschel, Wiesenstr. 29. Blant, Wiesenstr. 6. Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. Vergemann, Pöhlwallerstr. 8. Seidel, Neue Poststr. 33. Giebel, Woyenstr. 60. Schulz, Pflanzstr. 6. Joseph, Fieftstr. 34. Hilgenfeld, Veraststr. 40. Dierke, Ackerstr. 123. Ezechowitsch, Gartenstr. 44. Doderst, Reimendorferstr. 34. Geiz, Schulstr. 64. Kleinert, Schulstr. 29. Krause, Müllerstr. 7a. Dohz, Müllerstr. 32a. Müller, Wiesenstr. 12. Dobat, Seckerstr. 8.

Roßli.

Johann Warr, Püttligstr. 10. Lausch, Stephanstr. 31. Otto Wisker, Weissestr. 60. Carl Richter, Waldstr. 8. Döring, Weissestr. 83. Grünwald, Alt-Roßli 45. Blath, Stängenstr. 43. Haber, Stephanstr. 11. Habra, Pöhlwallerstr. 17. C. Anders, Salzweiderstr. 8. Meigum, Leichterstr. 44. Schmidt, Stromstr. 42.

In unserem am letzten Mittwoch veröffentlichten Wahltableau muß es im Stadtbezirk 207 statt Weinstraße heißen: Weinmeisterstraße. Wir bitten dies zu berichtigen.

Wir erinnern diejenigen Genossen, die nicht Preußen sind und noch nicht ihre Naturalisation beantragt haben, dies s ch e u n i g s t zu thun.

Der Apothekerkrieg in Köln.

Von kundiger Seite wird uns dazu noch folgendes mitgeteilt: Der Ausgangspunkt des Streites war ein Schreiben des Apothekervereins vom 27. Dezember 1899, worin den Kassen mitgeteilt wurde, daß anstatt des bisher gewährten Rabattes von 15, 20 und 25 Proz. künftig nur noch ein solcher von 10 Proz. gewährt werde. Die Unbereitschaft der Kölner Apotheker erkennt man in ihrer vollen Größe daran, daß dieser herabgedrückte Rabatt ausdrücklich an die Bedingung geknüpft war, daß nicht nur sämtliche Handverkaufsartikel, sondern auch die Verbandsstoffe, Wein, Kognak usw. von den Krankenkassen nur aus den Apotheken genommen werden dürften. Bekanntlich sind die freigegebenen Heilmittel in den Droguerien erheblich wohlfeiler als in den Apotheken. Es war eine unerhörte Annäherung, den Kassen die Entnahme der gefällig ausgedrückt freigegebenen Handverkaufs-Artikel aus den Droguerien unmöglich machen zu wollen. Daß die Kassen sich dem Antritte der Agrarier — pardon: der Apotheker nicht fügen konnten, war selbstverständlich. Anstatt nun eine gütliche Verständigung zu versuchen, kündigten die Apotheker den Kassen zum 1. April vorigen Jahres den Kredit. Das hatte man auf Seite der letzteren vorausgesehen und deshalb bereits vorher die königliche Regierung zu Köln auf eine etwaige Kreditentziehung aufmerksam gemacht und gegebenen Falls um behördliches Eingreifen gebeten: die Aufsichtsbehörde sollte die Entziehung des Kredites unterliegen, da die Krankenkassen sichere Zahler seien. Die Regierung versprach, sich die Sache angelegen sein zu lassen; vor der Hand könne sie den Apothekern keine Vorschriften machen. Als dann acht Tage später in der That die Kreditentziehung erfolgte, unternahm die Regierung nicht das mindeste zu Gunsten der Kassen. Die Haltung der Regierung in dem Verteilungskampfe der Kölner Krankenkassen gegen die Annäherung der Apotheker ist überhaupt, gelinde gesagt, sehr einseitig. Später gingen die Kassen sogar dazu über, die Hinterlegung einer angemessenen Summe zur Sicherung für den von den Apothekern zu gewährenden Kredit bei der Regierung anzubieten. Alles vergebens!

Daß die Regierung anders hätte handeln können, wenn sie wollte, das zeigte sich in einem ähnlichen Fall in Jserlohn. Als dort im Juli vorigen Jahres die Kassenapotheker der Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Kasse durch die Aufsichtsbehörde unter Teilnahme eines höheren Medizinalbeamten aus Berlin residierend wurde, wurde auch durch die Behörde eine Zusammenkunft des Kassenvorstands und der Jserloher Apotheker anberaumt, um gewisse Differenzen zwischen diesen beiden zu schlichten. Als im Laufe der Beratung von Seiten der Apotheker die Bemerkung fiel, daß sie nötigenfalls der Kasse den Kredit entziehen würden, da hat der Berliner Medizinalbeamte, der offenbar auf die Unparteilichkeit Gewicht legte, die bemerkenswerte Bemerkung: Wenn die Apotheker zu der Kredit-Entziehung schreiten sollten, so brauche die Krankenkasse nur bei der Polizei eine Summe Geldes, ausreichend für jeweils ein Vierteljahr Arzneibedarf, zu hinterlegen und die Quittung darüber den Apothekern vorzulegen; wenn diese dann die Abgabe von Arzneien auch ohne sofortige Bezahlung noch länger verweigerten, dann werde es seitens der Aufsichtsbehörde der Apotheker Ordnungstrafen hagen.

Es ist bereits früher im „Vorwärts“ mitgeteilt worden, wie sich die Kölner Kassen nach der Kreditentziehung einzurichten suchten. Die ärztlichen Rezepte wurden den als Annahmestellen bestimmten Droguerien überdrückt, von wo die dem Handverkauf nicht freigegebenen Heilmittel sofort in die Apotheken gebracht und dann durch Voten den Kranken zugestellt wurden. Aber Anfang Juli vorigen Jahres erging eine polizeiliche Verfügung, die die weitere Benutzung der Droguerien als Rezeptannahmestellen unter Androhung einer Geldstrafe von 150 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall verbot. Das war ein schwerer Schlag für die Krankenkassen. Sie erhoben Einspruch bei dem Kölner Regierungspräsidenten Freiherrn von Nischhofen, dem nunmehrigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. Sie bezweifelten zunächst die rechtliche Zulässigkeit der Verfügung. Dann wiesen sie darauf hin, daß die Kassen im Interesse der Arzneibedarftigen zur Einrichtung der Rezeptannahmestellen genötigt seien; denn andernfalls hätte das einzelne Kassenmitglied zuerst sein Rezept zur Apotheke bringen, um dort, meist nach längerem Warten, den Preis zu erfahren; dann hätte das Mitglied zur Mendantur gehen müssen, um den Betrag zu erheben, und dann wäre es abermals zur Apotheke gegangen, um endlich in den Besitz der Arznei zu gelangen. In der That wäre die Beschaffung überhaupt nicht möglich. Bei dem von den Kassen eingereichten Verfahren aber war die Besorgung im allgemeinen rascher als früher; auch wurde sie zuverlässiger, da sie von erwachsenen Männern besorgt wurde. Klagen über Unzulänglichkeiten seitens der Mitglieder waren trotz mehrfacher Aufforderung nicht ergangen. Auch eine Beweisaufnahme der Rezepte war ausgeschlossen, da die Verträge für die Verordnungen, die in Droguerien aufgeführt werden durften, blanko, für die übrigen weiche Rezeptzettel demigten. Schließlich gaben die Verordnungsgeber ihren Erläuterungen Ausdruck darüber, daß die Polizeiverwaltung zwar gegen die Krankenkassen Gründe zu finden wisse, nicht aber welche sie Mittel zu finden, das beteiligte Publikum gegen die thatsächlich vorhandenen, weit größeren Gefahren zu schützen, die die Kreditentziehung der Apotheker zur Folge hätte.

Trotz der Eingabe blieb das Verbot bestehen. Mittlerweile war auch aus anderen Vorgängen dem Ansich der Krankenkassen klar geworden, daß sich die Kölner Regierung vollständig auf die Seite der Apotheker gestellt habe. Der Austausch wandte sich nun beschwerdeführend an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Das war Ende September vorigen Jahres. Eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt. Durch die Verlegung des Streites ist sie jetzt belanglos geworden. Wie man uns sagt, ist das dem rheinischen Oberpräsidenten dieser Tage mit dem Ausdruck des Dankes für seine „Bemühungen“ mitgeteilt worden.

Es ist noch erwähnenswert, daß die Apotheker eine Abordnung von vier der übrigen nach Berlin zum Ministerium geschickt haben, um ein Verbot der Benutzung der beiden auswärtigen Apotheken zu erwirken. Hier blieb jedoch der den Kölner Apothekern sonst so günstige Verfügungsapparat außer Tätigkeit. Es schickte die „gesetzliche Handhabe“, Wohl aber ist es den Herren gelungen, ein Verbot zu erreichen, das den Kölner Krankenkassen unterlag, wenn sie in m t e n Droguisten die Lieferung der Handverkaufsartikel zu übertragen.

Die „Wannagetzische Zeitung“ hat den Ausgang des Kölner Apothekerkrieges einen „bedrückenden Vergleich“ genannt. Demgegenüber hat der „Vorwärts“ den Ausgang mit Recht als einen vollen Sieg der Arbeiterschaft bezeichnet. Einige Zahlen sollen das zeigen: In Köln giebt es vielleicht 75 000 in Orts-, Jungungs- und Betriebs-Krankenkassen versicherte Arbeiter. Davon hatte eine Kasse mit 15 000 Mitgliedern 25 Proz. Rezeptur-Rabatt, für etwa 26 000 Mitglieder anderer Ortskassen bestand ein Rabatt von 20 Proz., für die übrigen ein solcher von 10 Proz. Nach den Bestimmungen des Vergleiches erhalten jetzt alle Kassen 15 Proz., mit Ausnahme der zuerst angeführten, deren Vertrag bis 1906 läuft, und die demzufolge bis dahin 25 Proz. behält. Nur für 26 000 Mitglieder ist also der Rabatt um 5 Proz. verringert worden. Dafür erhalten aber jetzt vielleicht 55 000 Mitglieder 5 Proz. mehr als vor dem Kampfe; ferner ist eine Anzahl kleinerer Hilfskassen von Köln und Borstein an dem Rabatt beteiligt, die schon seit einigen Jahren überhaupt keinen Rabatt mehr erhalten hatten. Bei den Eingangsverhandlungen machte die Abfindung der beiden auswärtigen Apotheken die meiste Schwierigkeit. Die Apotheker wollten sich nicht bereit finden, ihre Streikbrecher — so drückten sie sich selber aus — auch noch zu honorieren. Aber sie haben auch diese Pille schlucken müssen.

Berliner Partei-Mogelegenheiten.

An die Arbeiter und Parteigenossen in Nizdorf! Die Erregung der Bevölkerung gegen den Gastwirt Schoel, der jene bedauerliche Demunziantenrolle gegen den Gasar Schmidt spielte, hat in den letzten Tagen einen Charakter angenommen, daß wir uns veranlaßt sehen, auf das entschiedenste die vorgekommenen Ausschreitungen zu verurteilen, wie wir überhaupt vor jeder Teilnahme an dem Aufruhr vor dem Lokal des Demunzianten an der Ecke der Hall- und Prinz Handjerystraße warnen. Es sollen eine Anzahl Siftierungen vorgekommen sein wegen Anheuerungen oder Handlungen, die vor dem Strafrichter schwer geahndet werden dürften. Vor allem mögen sich denkende Arbeiter und Parteigenossen von gewissen rabaulustigen Elementen fernhalten.

Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins zu Nizdorf.

Der Socialdemokratische Wahlverein von Adlershof feiert am Sonnabend, den 27. Juli, in Scherers „Wilhelmsgarten“ (Köpenick) sein 10 jähriges Stiftungsfest. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Das Komitee.

Tokales.

„Der Wahrheit die Ehre!“

Als wir (berl. „Vorwärts“, Nr. 108) das unter vorstehendem Titel erschienene Flugblatt der Apotheker besprachen, behaupteten wir, daß darin

„dieselben falschen Angaben weiter verbreitet werden, welche bereits wiederholt gründlich widerlegt sind, und für deren Verbreitung die Väter des Flugblatts nicht einmal mehr den guten Glauben in Anspruch nehmen können.“

Wir müssen heute bekennen: selbst dieses Urteil war noch zu mild! Es muß ausgesprochen werden, daß die Väter des Flugblatts bewußt und absichtlich Lügen in demselben ausgesprochen. Den Beweis dafür liefern die folgenden Thatsachen: es heißt in dem Flugblatt, das vor etwa 10—12 Tagen das Licht der Welt erblickte:

„Bei einem Wochenbeitrage von 78 Pf. zahlt der Arbeiter jährlich 88 M. an die zuständige Krankenkasse. Für 1901 M. — also der zwanzigste Teil davon — fließt für Arzneien in die Apotheken. . . . Daß jede Krankenkasse auch einen bescheidenen Teil der Beiträge für Arzneien aufzuwenden haben wird — hier in Berlin also nur den zwanzigsten Teil — das wird jedes Kassenmitglied ohne weiteres zugeben müssen.“

Wir halten demgegenüber u. a. darauf hingewiesen, daß nach den Feststellungen des Statistischen Amtes auf den versicherten Arbeiter pro Jahr nur 25 M. 26 Pf. an Gesamteinnahmen entfallen. Diese Thatsache war aber, wie wir heute feststellen können, auch den Verfassern des Flugblatts bekannt, denn es findet sich in Nr. 48 der „Apotheker-Zeitung“ (15. Juni) ein Aufsatz des Apothekers Schade — des Boeren-Häuplings! — in welchem es heißt:

„Nicht man in Erwägung, daß das einzelne Mitglied an die zuständige Krankenkasse durchschnittlich 26 M. Jahresbeitrag zu leisten . . . hat, und verschließt man sich nicht der Einsicht, daß jede Krankenkasse auch einen bescheidenen Teil der Beiträge — es ist genau der fünfzehnte Teil! — für Arzneien aufzuwenden haben wird.“

Schon aus den beiden Citaten ergiebt sich die teilweise wörtliche Uebersetzung des Flugblatts mit den damaligen Ausführungen des Herrn Schade, eine Uebersetzung, die übrigens an andren Stellen noch viel deutlicher hervortritt. Es hat also der Schadesche Aufsatz bei der Abfassung des Flugblatts den Verfassern vorgelegen! Und wenn daher trotzdem der Jahresbeitrag des Berliner Kassenmitgliedes im Flugblatt auf 88 M. beziffert wird und man weiter behauptet, daß jede Krankenkasse nur den zwanzigsten Teil der Beiträge für Arzneien aufwendet, so ist das eine Behauptung wider besseres Wissen, also das, was die plumpe deutsche Sprache eine blanke Lüge nennt! Die Verantwortlichen der „Berl. Apothekerzeitung“ und „Verwalter von Berlin und Umgebung“ aber nennen das: „Der Wahrheit die Ehre“ geben!

Gegen die vielbesagten Waldverwüstungen, unter denen die Umgebung Berlins zu leiden hat, versucht jetzt der Vorsteher des Oberförstereibezirks Köpenick, Herr Forstmeister Kottmeier, das Mittel, sich an die Verhändigung der Berliner Ausflügler zu wenden. In einer Bekanntmachung, die in 800 Zetteln über das Waldgebiet von Hummelberg bis Scherz verbreitet und auf den Waldhöfen, an den Dampfananlagen, in den Biergärten, in den zahlreich an der Obersee gelegenen Fabriken sowie in den Waldungen selber auf den meist betretenen Wegen ausgehängt worden ist, werden alle Waldbesucher gebeten, das Verbot des Rauchens zu beachten, keine Papiere usw. umherliegen zu lassen, keine Zweige abzubrechen und namentlich alle Kulturen, Anpflanzungen, Jungwäucher, Wiesen usw. zu schonen. Dann werde es nicht nur ein leichtes sein, den Wald zu erhalten, sondern es werde auch möglich sein, alle zu seinem Schutze notwendigen Maßregeln milde zu handhaben. Im umgekehrten Falle aber müßten die Maßregeln streng durchgeführt werden, so daß auch die Unachtsamen darunter zu leiden hätten. Herr Forstmeister Kottmeier stellt mit Genehmigung fest, daß in dem ganzen weiten Gebiet vorläufig kein einziger Zettel abgerissen, beschädigt oder beschmutzt worden ist — eine für Berliner Verhältnisse ganz ungewöhnliche Erscheinung — und er hofft, daß das überhaupt nicht geschehen wird. Dagegen sind auf manchen Zetteln sofort zustimmende Bemerkungen (ganz ohne Randbemerkung) gläubt der Berliner nun einmal nicht ankommen zu können) wie „Gravo!“, „Recht so!“, „Wird befolgt werden!“ usw. gefunden worden. Auch die Schule soll übrigens zur Mitwirkung in dem Kampfe gegen die Waldverwüstung herangezogen werden. Herr Forstmeister Kottmeier hatte vor kurzem darüber geflagt, daß die Berliner Schulen auf ihren Ausflügen die Waldungen gleichfalls wenig schonend behandelten. Daraufhin ist ihm ein zustimmendes Schreiben der Berliner Schuldeputation zugegangen, worin versprochen wird, daß künftig die Schulkinder vor Beschädigung der Wälder gewarnt werden sollen.

Arbeiterschutz. Wie notwendig strengere Arbeiterschutz-Bestimmungen sind, das bewies wieder ein Vorgang, den man in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. vor dem Hause Adalbertstraße 69 beobachten konnte. An der Fassade des bezeichneten Hauses wurde in der Nacht eine Abwaschung vorgenommen. Nun ist es wohl überall üblich, daß solche Arbeiten auf einem Hängegerüst ausgeführt werden, trotzdem auch dann noch schwere Gefahren, insbesondere bei Nacht und ohne Beleuchtung für den Arbeiter bestehen. Was hier aber geschah, spottet jeder Beschreibung. Das Haus erreicht bis zum Dachgesims etwa eine Höhe von 23 bis 25 Meter. An diesem Gesims lehnte eine frei auf dem Trottoir stehende Leiter, welche höchstens 1 1/2 Meter von der Hausfront aufgestellt war. Dieses lange Ungestüm war aus mehreren kleineren Leitern zusammengesetzt. Nun stelle man sich vor, daß von dieser halbdreieckigen Leiter aus, an welcher noch das Wasser hochgezogen wurde, die Abwaschung der Fassade stattfand. In schwindelnder Höhe arbeitete ein Mann ohne die geringste Beleuchtung und Schutzvorrichtung. Der Mann mußte teilweise sich sehr weit seitwärts biegen, um einen möglichst breiten Strich mit einem Wale fertigzustellen. Eine halbdreieckige und gefährlichere Arbeit kann wohl kaum gedacht werden, nicht die geringste Vorrichtung zur Verhütung eines Unfalls war vorhanden. Die Gefahr erreichte aber ihren Höhepunkt in der Art und Weise, wie

das Weiterreden der Leiter vorgenommen wurde. Anstatt daß der Arbeiter herabstieg, blieb er oben, trat auf die vorspringenden Gesimse und verurteilte so oben das Weitzäufchen der Leiter an dem Hauptgipfel. Ein geradezu sträflicher Leichtsin. Als Passanten die Arbeiter auf die schweren Gefahren dieser Arbeitsmethode aufmerksam machen, wurde ihnen die Antwort zu teil, daß diese Arbeit polizeilich genehmigt sei! Im übrigen, meinte der Arbeiter, sei man die Seilanker- oder Klotzenarbeit noch weit gefährlicher und würde nicht so gut bezahlt. Zum Glück weiß die große Zahl der Arbeiter den Bauarbeiterschuß höher einzuschätzen und vergleicht ihre Arbeit nicht mit Seilanker-Arbeitsstätten.

Im der Blumenthal gesperrt? Ein Leser schreibt uns hierüber folgendes: Eine besondere Dreistigkeit ist den Strausberger Gastwirten eigen, die immer und immer wieder auf großen Plakaten an den Anschlagtafeln verklären: Der Blumenthal ist nicht gesperrt!

Auch ich mit meinen Freunden glaubten dieser Anpreisung und machten eine Partie dorthin. Schon in Strausberg wurde uns von Leuten gesagt, daß die Partie nutzlos sei, denn die Sperre wird sehr streng durchgeführt und ist noch niemals aufgehoben worden. Das weiß jedes Kind in Strausberg, also wohl auch die Gastwirte. Wir wollten aber unsere Reise nicht nutzlos gemacht haben und marschierten los, um bald zu erfahren, daß die Strausberger Leute mit ihren Warnungen recht hatten, und das Plakat der Gastwirte Schwindel ist. Frei ist nur die Fahrstraße durch den Blumenthal, jeder abweichende Fußweg zeigte uns eine Warnungstafel mit der gleichmäßig sich wiederholenden Aufschrift: Bei 3 Mark Strafe verboten! Gesperrt!

Wir sind durch den ganzen Blumenthal marschiert, von Anfang bis zum äußersten Ende, überall wiederholten sich die schönen Schilder. Bei unserem Rückmarsch durch die Forsterei erkundigten wir uns an maßgebender Stelle, und da wurde uns der Bescheid, daß die Sperrung im Anfang des Frühjahrs nur durch die Frau Baronin auf einige Tage aufgehoben war, weil der Herr Assessor verreist war. Sobald dieser zurückkam, wurde die Erlaubnis zurückgezogen und das Verbot mit der größten Strenge durchgeführt. Während unseres Aufenthalts kam ein Krenier, vom milden Fiebern gezogen, heran. Der Führer desselben hat den anwesenden Oberförster um die Erlaubnis, Station machen zu dürfen, um die Tiere tränken zu können. Auch das darf der Oberförster auf höheren Befehl nicht erlauben, im Gegenteil, er machte die Gesellschaft auf die Folgen aufmerksam. Es blieb mithin weiter nichts übrig, als wieder umzukehren. Wie die Forstarbeiter weiter erzählten, gingen sie früher an schönen Sonntagen nach den Seen, um sich ein Gericht Fische zu angeln. Auch das ist jetzt streng verboten.

Wir marschierten zurück, um vieles klüger, und tauschten unsere Ansichten über die herrliche Weltordnung aus.

Eine Erinnerung an die im siebenjährigen Kriege erfolgte Beschießung Berlins durch die Russen befindet sich an der stumpfen Ecke der ein einziges Gebäude bildenden Häuser Markgrafenstr. 1 und Lindenstr. 90. Auf einem Kellerhals stehen drei festgemachte Kanonenröhren, zwei kleinere und ein großes längliches Vollgeschöß, das eine Höhe von ungefähr 20 Centimeter und eine Breite von über 10 Centimeter hat. Vorn am Kellerhals liegt man die Jahreszahl „1760“. Am 9. Oktober dieses Jahres war nämlich, als die Russen unter General Tollleben vor Berlin erschienen, die Stadt beschossen worden, deren Thore erkümmert und den Bewohnern die Zahlung einer Kriegskontribution von 4 Millionen Thaler auferlegt. Den Bemühungen des Kaufmanns Gostolowski gelang es, diese Kontribution auf 1 1/2 Millionen Thaler herabzusetzen und so die vom Feinde occupierte Stadt vor der Plünderung zu bewahren. Zum Andenken an diesen Ketter Berlins ist an dem Hause Brüderstraße 28, wo er bei Lebzeiten wohnte, eine Tafel angebracht worden. Die drei Kugeln aber hatten das Eckhaus an der Markgrafen- und Lindenstraße getroffen und sind bei einem später erfolgten Umbau auf dem Kellerhals befestigt worden, wo sie noch heute stehen.

Auf die Anzeige seiner eignen Ehefrau hin ist vor einigen Tagen der in der Langstraße wohnhafte Fahrradhändler K. in Untersuchungshaft genommen worden. Er wird bezichtigt, mit seiner lieblichen 16jährigen Tochter in einem verbrecherischen Verhältnis gestanden zu haben. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Vobredner hat den Haftentlassungsantrag gestellt, mit der Begründung, daß die fittlich verworfene Tochter des Verhafteten, die bereits zeitweise im Magdalenenstift untergebracht war, nicht den geringsten Schaden verdiente. Bisher hat sich das Gericht indeßen nicht veranlaßt gesehen, den Antrag des Verteidigers zu genehmigen.

Fünf Kinder schwebten in Lebensgefahr bei einem Brande, der Mittwoch früh in der Reinoldendorferstraße 46c entstand. Hier hat der Fliegenschändler Müller eine kleine, aus Küche und Stube bestehende Kellervohnung inne. Frau Müller, die Zeitungen austrägt, hatte mit ihrem Manne gegen 4 Uhr die Wohnung verlassen und die 16jährige Stieftochter Anna Hobel mit dem Kochen von Fliegenseim befaßt. Während der große Leintopf auf dem Herde stand, hatte das Mädchen das Wohnzimmer auf einen Augenblick aufgesucht, in welchem fünf Geschwister im Alter von zwei Monaten bis 13 Jahren schliefen. Bei ihrer Rückkehr nach der Küche war der Leim übergekocht, und in ihrer Angst rief sie den Topf vom Feuer und stellte die brennende Wasse neben dem Eingange zur Stube auf die Erde. Sofort fing die Möbel Feuer. Bei den Löscherbüchen zog sich das Mädchen schwere Brandwunden an Hals, Brust und Armen zu, wonach es hilferufend auf den Hof stürzte. Die in der offenkundigen Stube schlafenden Kinder waren indeßen ertränkt, und die 13jährige Julie hatte in richtiger Erkenntnis der großen Gefahr, die alle bedrohte, ihre beiden kleinsten Geschwister durch das Fenster nach dem Hofe befördert.

Beim Spielen in eine Schaufensterscheibe hineingerannt ist die achtjährige Tochter des Arbeiters L. aus Noabit, die sich mit Altersgenossinnen in der Turnstraße umhertummelte. Die Kleine, welche eine Freundin zu hause vermisste, lief blindlings gegen die Schaufensterscheibe eines Rauchwarengeschäfts mit solcher Festigkeit an, daß die große Spiegelscheibe zerplittert wurde und das Kind in das Schaufenster hineinfiel. Es erlitt dabei schwere Verletzungen am ganzen Körper, und da die Glasplitter tief in das Fleisch eindrangen, mußte es nach dem städtischen Krankenhaus Noabit gebracht werden. Die Entfernung der Fremdkörper konnte nur durch operativen Eingriff erfolgen.

Wife mitgespielt wurde am Mittwochmorgen um 2 1/2 Uhr dem 28 Jahre alten Nachwächter Max Redner aus der Liefenstraße 1. In einem Wirtshaus der Grünhalerstraße waren unter sieben Personen Streitereien wegen Bezahlung der Jechen entstanden. Daraus entstand alsbald eine Schlägerei, die sich bis auf die Straße fortzlangte. Der Nachwächter kam hinzu und wollte Ruhe stiften. Das war aber nicht nach dem Sinn der Streitenden, die ihm das Seitengewehr entrißen und damit über den Kopf und an das rechte Bein schlugen. Hinzukommende Schutzmänner befreiten den verwundeten Wächter aus seiner bedrängten Lage und brachten ihn nach der Unfallstation in der Bahstraße. Dort nannte er als Täter einen Schläger Heidemann. Später brachte ihn ein Lächler Rettungswagen nach dem Lazaruskrankenhaus. Einer der beteiligten Schläger konnte festgenommen werden.

Das 16jährige Dienstmädchen Vertha Hoffmann, das wegen verschämter Liebe aus der Stellung bei dem Gastwirt G. in der Frennstraße verschwunden war und dem Bräutigam und der Herrin die Abfuhr zu sterben brieflich mitgeteilt hatte, hat ihr Vorhaben zur Ausführung gebracht. Auf Grund der Zeitungsnachrichten über das Verschwinden forschte der Vater nach dem Verbleib und ermittelte, daß seine Tochter in Plönssee als Leiche gelandet und bereits begraben war. Die Persönlichkeit konnte nur noch durch die Kleidung festgestellt werden.

Durch einen Fall unzurechnungsfähig geworden ist die 28 Jahre alte Näherin Frieda Nummer aus der Friedenstr. 20. Wie zu Pfingsten arbeitete sie in der Leipzigerstraße und hatte das

Anglück, beim Nachhausegehen die Treppe hinunterzufürzen. Sie zog sich eine Gehirnerschütterung zu, die eine Geistesstörung bei ihr hinterlassen hatte. Darauf ist der Selbstmord, den sie am Mittwoch beging, indem sie sich ins Wasser stürzte, zurückzuführen.

Sich selbst zur Last war der 47 Jahre alte Arbeiter Franz Landvoigt aus der Vorlagstr. 18, der dem Schnapstempel verfallen war und seit etwa vier Wochen überhaupt nicht mehr arbeitete. In einem Zustand des Unmuts benutzte er Dienstagnachmittag eine Zeit des Alleinseins, um sich in der Wohnung zu erhängen. Sein Sohn fand ihn am Abend als Leiche auf.

Treppe-Sternwarte. Am Freitag, den 28. d. M., spricht Direktor Archenholz abends 8 Uhr über „Die Wohnbarkeit der Weiten“, und haben auf Wunsch der Oberin des Schwereheims „Beibesda“ zu diesem Vortrag aus Schwereheim der Berliner Heime Zutritt. Am Samstag, abends 9 Uhr, findet ein Vortrag über den Mond statt auf Wunsch eines Hörers Beretins, zu dem jeder Besucher der Treppe-Sternwarte Zutritt hat. Am Tage wird die Venus von 2-8 Uhr und von 8 Uhr an der Mond beobachtet.

Aus den Nachbarorten.

Besonders arg gehaust hat das Unwetter am Dienstag in den westlichen Vororten. In Halensee-Grünwald hat das Wasser im Lokal „Zum Hubertus“ eine achtzöllige Mauer durchbrochen und das Straßengitter vor demselben aufgerissen. Ein andres Gartenlokal, „Der Waldpark“, war völlig unter Wasser gesetzt worden, jedoch Fische und Stühle umhergeschwammen und das feuchte Element auch in die Kaffeeküche drang, wo es bald fast einen Meter hoch stand. Auch in Schwargendorf standen viele Keller unter Wasser, jedoch die Feuerwehre bis zum späten Abend mit dem Auspumpen desselben zu thun hatte. Die Wagen der Straßenbahn mußten eine ganze Zeitlang ihre Fahrten einstellen.

Der Anblick eines „Prairiebrands“ bot sich vorgestern nachmittags bei Marienfelde den Passagieren der „Wästenbahn“. Infolge bisher noch nicht aufgeklärter Umstände war das bei der enormen Hitze vollständig ausgetrocknete Gras eines zwischen Mariendorf und Marienfelde liegenden angebauten Wiesenterrains in Brand geraten und das Feuer verbreitete sich mit großer Geschwindigkeit, die in der Nähe befindlichen Anwesen gefährdend. Die enorme Rauchentwicklung war weitlich sichtbar und alarmierte die Bewohnerschaft der beiden genannten Dörfer, von denen die Feuerwehren alsbald nach der Brandstätte abrückten. Durch Ziehen von Gräben gelang es, den Feuerherd zu begrenzen, doch ist durch das Feuer etwa ein Morgen Wieseland vernichtet worden.

Kirchliche Toleranz. Am Sonntag, den 21. d. M., wurde in Köpnic unser Parteigenosse Stadtverordneter Fiedler unter großer Beteiligung der dortigen Arbeiterschaft beauftragt. Gegen den Willen des Verstorbenen hatte die Familie auch den Prediger gebeten, am Grabe die Rede zu halten. Es sollte jedoch nicht dazu kommen. Grabe der Gesang des Arbeitervereins in Trauerhause schon den Prediger in Aufregung versetzt, so steigerte sich das Unbehagen, als er die roten Schleifen an den Ärmeln bemerkte, er verlangte kategorisch die Entfernung derselben. Der Bruder des Verstorbenen, der socialdemokratische Landtags-Abgeordnete in Vera, welcher auch herbeigeeilt war, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erwiesen, machte dem Herrn klar, daß die Familie keine Veranlassung habe, die Schleifen entfernen zu lassen und glaube er auch im Sinne des Verstorbenen zu handeln, wenn er dem Verlangen nicht stattgebe. Es könne doch dem Herrn Prediger gleichgültig sein, ob die Schleifen schwarz, weiß, rot oder was sonst für eine Farbe haben. Sollten ihn die Schleifen aber durchaus hindern, würde man sowohl auf seine Begleitung, wie auf die Worte am Grabe verzichteten. Der Rottfeller hatte es dem Herrn angethan, schleunigst machte er kehrt und verschwand auf Rimmerwiedersehen, ohne die schon im voraus bezahlte Predigt zu halten.

Charlottenburg. Die alte Gasanstalt I am Charlottenburger Ufer hat den Betrieb eingestellt; doch soll der Betrieb im Winter vorläufig noch einmal wieder aufgenommen werden. Der Magistrat hofft, daß es gelingt, die Leistungsfähigkeit der mit einem Kostenaufwand von vielen Millionen errichteten Gasanstalt II in der Gansstraße so zu heben, daß sie für den gesamten Gasbedarf der wachsenden Stadt ausreicht. Der Ausbau der Gasanstalt II ist bereits so weit gediehen, daß die Produktion für den Sommer ausreicht.

Wie bekannt sein dürfte, hatte der Magistrat im Frühjahr die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, ihm die Genehmigung zum Anlauf des Karpentischgeländes zu erteilen. Da das zur Zeit in Privatbesitz befindliche Grundstück wegen seiner schlechten Grundwasserhältnisse nur zum geringen Teil bebauungsfähig ist, sollte es in einen städtischen Park mit Spiel- und Sportplätzen für die Jugend umgestaltet werden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat diese Vorlage abgelehnt, und nun hat ein Baumeister die nordöstliche Ecke des Geländes in seinen Besitz gebracht, um dort eine Reihe von Wohngebäuden aufzuführen. Obwohl dieser Teil noch den erträglichsten Baugrund liefert, muß der Boden doch bis zu 9 Meter Tiefe ausgeschachtet werden. Vor einigen Tagen ist mit den Erdarbeiten begonnen worden.

Die Größe des Gemeindegebiets von Charlottenburg beträgt jetzt 2097,8587 Hektar. Davon entfallen auf landwirtschaftliches Areal 1160,0296, auf Baulichkeiten 68,7005, auf Hofräume 452,3006, auf Wege und Eisenbahnen 349,3675 und auf Wasserflächen 66,8515 Hektar. Verhältnismäßig man, daß nicht übermäßig dicht bewohnte Bezirke etwa 25 000 Bewohner auf das Quadratkilometer aufweisen, so bietet das Charlottenburger Stadtgebiet Raum für mindestens 500 000 Einwohner. Es gab auch eine Zeit, wo man annehmen zu können glaubte, daß bereits im Jahre 1910 diese Einwohnerzahl erreicht sein würde. Das war im Jahre 1895, als die Bevölkerungszunahme gegen das Vorjahr 15,3 und gegen das Jahr 1890 nicht weniger als 74,21 Proz. betrug. Seit jenem Jahre hat jedoch die Bevölkerungszunahme derartig nachgelassen, daß wohl noch manch ein Jahrzehnt vergehen wird, bis die Einwohnerzahl von einer halben Million erreicht sein wird. Im Jahre 1898 betrug nämlich die Zunahme nur noch 12,6 Proz., im folgenden 9,3, im folgenden 7,1, im folgenden 5,3 und im Jahre 1900 nach dem Ergebnis der Volkszählung gar nur noch 2,9 Proz. 1895 zählte die Stadt 182 400 Einwohner, 1900 betrug die Einwohnerzahl 189 300; die Zunahme in dem zwischen den beiden Volkszählungen liegenden Zeitraum stellt sich also auf 42,97 Proz.

Gerichts-Beilage.

Der große Diebstahl- und Diebstahlprozess „Homann und Genossen“ begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zadmann vor der ersten Ferien-Strasskammer des Landgerichts I. Bei dem großen Umfang der Verhandlung, zu der mehrere Tage in Aussicht genommen sind, ist der große Schwurgerichtssaal in Anspruch genommen worden. Im Laufe des verflohenen Jahres gelangten gegen 75 schwere Diebstähle zur Anzeige, die zumest in Berlin, zum Teil aber auch in Spandau, Kummelsburg, Schöneberg und Charlottenburg und augenblicklich von demselben Tätern begangen worden waren. Wohnungen, die auf kurze Zeit von den Inhabern verlassen waren, wurden mittels Nachschlüssel oder Dietriche geöffnet, die im Innern befindlichen Behälter ebenfalls und dann geraubt, was des Mitnehmens wert war. Der Wert der gestohlenen Gegenstände belief sich insgesamt auf über 8000 M. In vielen Fällen waren verdächtige Personen gesehen worden, die übereinstimmende Beschreibung gina dahin, daß ein Mann, der einen Kneiser trug, einer Frau, die vor der Thür stand, ein großes Paket herausgetragen habe, worauf beide sich dann nach entgegengesetzten Richtungen entfernten. In dem betreffenden Hause wurde dann später ein Einbruchdiebstahl festgestellt. Es währte lange, bis die Polizei die Täter zu ermitteln im stande war. Auch die verdächtige Frau hatte bei den Diebstahlsfahrten stets einen Kneiser oder

eine Brille getragen und sich dadurch unkenntlich gemacht. Am 15. Dezember v. J. wurde ein Mann bei einem Diebstahl in der Volksgartenstraße erlapp. Bald stellte sich heraus, daß man den lange gesuchten Eindringler in Händen hatte. Es war der Fischer Karl Hamann, ein Mann, der bereits mehrfach wegen Diebstahls, zuletzt mit 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, bestraft worden war. In seinem Besitz wurde eine Anzahl sauber gearbeiteter Dietriche gefunden. Seine Wohnung barg ein ganzes Lager gestohlener Gegenstände. Als seine Gehilfen bei den Diebstählen wurde seine Ehefrau Hedwig Hamann, geb. Schmidt angesehen, es war die Frau mit dem Kneiser, die „Schmiede gestanden“ und die Beute davongetragen hatte. Das Ehepaar hatte erst im Oktober 1900 geheiratet und seine Raubzüge von der in Fichtenau belegenen Wohnung aus unternommen. Hamann bestritt zunächst alles, er versuchte auch, den wilden Mann zu spielen, gab dies Gehehnen aber bei der Beobachtung durch den Gerichtsarzt Dr. Binne wieder auf und bequimte sich endlich insoweit zu einem Geständnisse, als er diejenigen Fälle zugab, in denen er durch den Besitz der gestohlenen Gegenstände überführt schien. Bei der Fülle des gestohlenen Materials mußten natürlich viele Helfer im Spiele sein; die Untersuchung zog immer weitere Kreise und bald befanden sich die Schwester des Hamann, die Restaurateursfrau Auguste Fischer, seine Mutter, die Witwe Auguste Hamann und ein Freund Hamanns, der Verwalter Hermann Päch, in Untersuchungshaft. Die drei letztgenannten hatten sich wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu verantworten. Außer diesen sollen die Geheule noch Knecher in Kiel und Hamburg gehabt haben. Es spielt ein Mann dabei eine Rolle, der nur als „Der schwarze Martin“ bekannt ist und nicht hat ermittelt werden können. Der Hauptangeklagte Hamann, dem Rechtsanwalt Walter Bahn als Verteidiger zur Seite steht, während die übrigen Angeklagten vom Rechtsanwalt Vobredner verteidigt werden, wiederrief bei seiner Vernehmung sein früheres Geständnis, das ihm abgenötigt worden sei. Er begeh keine Einwürfe, seine Specialität seien Fahrrad Diebstähle. Auch die übrigen Angeklagten legten sich aufs Zeugnen. Die betagte Mutter des Angeklagten Hamann scheint eine höchst geriebene Person zu sein, der Vorigende betonte, daß sie inermüßlich im Diebstahl und in der Anfertigung bogenlanger Schriftstücke sei. Als die Angeklagten in den Saal geführt wurden verlor die ältere Frau Hamann einen eng zusammengepackten Koffer den sie dem Anseine nach ihrer Schwiegertochter hatte zusteden wollen. Der Koffer enthielt Verhaltungsmaßregeln: „Nur nichts eingestehen, Du kannst weder leihen noch schreiben, aber ohne Strafe werdet Ihr doch wohl nicht davonkommen.“ Ein Schutzmann mußte sie unmittelbar hinter die Angeklagten legen um zu verhindern, daß dieselben sich durch Zeichen oder Zustimmern verständigten. Dem Gerichtshofe scheint eine schwere Aufgabe bevorzulehen. Vor Montag dürfte der Prozess kaum zum Abschluß gelangen, zumal die Sitzung heute ausfällt.

Versammlungen.

Die Kommunalwahl im 36. Wahlbezirk war das Thema, worüber Genosse Dr. Wegl in einer, trotz der übergroßen Hitze gut besuchten Versammlung am Dienstag in der Zwinemündlentebe referierte. Redner besprach zunächst die allgemeinen kommunalen Forderungen, sowie die vielen indirekten Steuern, die in Staat und Gemeinde überwiegend von der Arbeiterklasse aufgebracht werden müssen, ohne daß ihr dafür das allgemeine gleiche Wahlrecht zu teil werde. Mit der allgemeinen Gesundheitspflege sei es in Berlin aber, trotz der vielgerühmten Wohlthaten-einrichtungen, besonders in der Fürsorge für Kranke in Heilanstalten und Polikliniken noch sehr dürftig bestellt. Die räumliche und innere Einrichtung der Krankenhäuser, auch der Zahl nach, sei durchaus ungenügend. Ebenso die vorhandenen Gesundheitsheime. Traurig beschaffen sei es mit der Kinderpflege der Armen, in den so vielgerühmten Ferienkolonien. Überall werden alle Beteiligten, wenn sie nicht zahlen können, von dem niederdrückenden Joch der Armut betroffen, namentlich durch Entziehung des Wahlrechts. Redner schloß seinen etwa einstündigen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung an alle Wähler, rechtzeitig die Wählerlisten einzusehen, damit bei der kommenden Wahl im Herbst nicht nur die 1896 und 1897 verlorenen Mandate, sondern eine Anzahl neue, so auch das Mandat im 36. Bezirk, gewonnen werden. Der gegenwärtige freisinnige Kommunal-Lapitalismus müsse, getreu unserem Programm, in den Kommunalsocialismus verwandelt werden! Eine Besprechung fand nicht statt. Mit der nochmaligen Mahnung des Vorsitzenden an die Wähler, bis zum 30. Juli die Listen einzusehen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Metallarbeiter-Versammlung, die am Dienstag in der Kronenbrauerei in Alt-Modbit tagte, beschäftigte sich mit dem Streik der Former und Dieberei-Arbeiter der Firma Union E.-G. Der Zustand ist, wie die Referenten Cohen und Plath ausführten, dadurch entstanden, daß die Vertragsleute der Arbeiter, die bei dem Direktor wegen Abstellung der in der Dieberei vorkommenden Ungerechtigkeiten vorstellig wurden, regelmäßig entlassen wurden. Es wäre in solcher Weise gegen die organisierten Arbeiter vorgegangen worden, daß ihnen trotz der ungenügenden Geschäftslage nichts anderes übrig geblieben sei, als die Arbeit niederzulegen. Cohen und Köfsten, die als Vertreter der Organisation bei dem Direktor Köhler zwecks gütlicher Beilegung der Differenzen vorstellig werden wollten, wurden abgewiesen. Als der Streik dann ausgebrochen war, wurden Cohen und Plath zwar empfangen, die Verhandlungen mit dem Direktor verliefen aber resultatlos.

In der lebhaften Diskussion wurden viele Einzelheiten angeführt, die dafür sprechen, daß in dem betreffenden Betriebe ein untragliches Schmarotzertum herrscht. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, durch die die Versammlung den Streik für durchaus berechtigt erklärt und den Ausständigen Unterstützung verspricht.

Die Kollegen, die Streikposten setzen, wurden aufgefordert, recht vorsichtig vorzugehen, zumal da die Firma bereits um polizeilichen Schutz nachgesucht habe und beständig ca. 6 geheime und 4 uniformierte Beamte dort patrouillierten.

Die Rabbiner hielten am 17. Juli ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung in den Arnimshollen ab. Nach einem Vortrag Handels, dem eine rege Diskussion folgte, gab der Kassierer Gustav Müller die Abrechnung vom II. Quartal. Dieselbe betrug für die Hauptkategorie eine Ein- und Ausgabe von 848 M., für die Lokalkasse eine Einnahme von 1514 M. 7 Pf., eine Ausgabe von 1308 M. 52 Pf. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 224, darunter 25 Ausländer. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im Besonderen beschäftigte sich die Versammlung mit der erst unlängst ins Leben berufenen sogenannten Freien Vereinigung. Die Handlungsweise dieser Vereinigung wurde einer scharfen Kritik unterzogen, leider wurde konstatiert, daß auch von unserem Centralverbände einige Wankelmütige sich dorthin gewandt hätten. Angesichts dieser Thatachen beschloß die Versammlung, jedes Mitglied aus unserer Zahlstelle auszuschließen, welches bei dieser Vereinigung in Arbeit trete. Der Kollege Adolf Weier wurde laut Statut ausgeschlossen. Ferner beschloß die Versammlung, jedes Mitglied zu unterstützen, welches infolge agitatorischer Tätigkeit von den Unternehmern gemahregelt wird.

Die Brauer hielten am 21. d. M. eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Centralverbands ab. Unter anderem gelangte ein Brief des Vorstands der Ringbrauereien zur Besprechung, welcher im wesentlichen besagt, daß der betreffende Vorstand nicht mit unserer Agitationskommission verhandeln könne, da er nicht wisse, wann, wo und durch wen die bew. Kommission gewählt sei, und ob sie eine wirkliche Vertretung der hiesigen Brauer sei. Nach verschiedener Vorschläge wurde auf Antrag Lidger beschlossen, unterbreits das weitgehendste Entgegenkommen zu zeigen und die sogenannte Häuserkommission, mit welcher der Ring der Brauereien bisher stets geru unterhandelte, von neuem in Thätigkeit zu setzen.

Der Verein der Blätterinnen nahm in seiner Mitglieder-Versammlung am 3. Juli eine Darstellung der Verhältnisse bei der Firma Wolf u. Glaser entgegen. Nach der Diskussion über diesen Punkt erstattete die Kassiererin den Vierteljahresbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 474,71 M.; Ausgabe 159,30 M.; Bestand 315,41 M. Die Kassiererin wurde entlassen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Firma Wolf u. Glaserfeld einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt am 19. Juli eine Versammlung ab, zu welcher auch die Vorstände der hiesigen Gewerkschaften eingeladen waren. Es wurde die Agitation für den Konsumverein in den Gewerkschaften und der Anschlag desselben an Berlin besprochen. Nach einer recht lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Auf Grund der Ueberzeugung, daß die Verbilligung der Lebensmittel durch die Konsumgenossenschaften eine unentbehrliche Ergänzung der gewerkschaftlichen Bestrebungen für die Erhöhung der Arbeitelöhne bildet, verpflichten sich die heute am 19. Juli versammelten Delegierten und Vorstände der Charlottenburger Gewerkschaften mit ihren Vereinskollegen, am Ort eine energische Agitation für den hiesigen Konsumverein zu entfalten. Insbesondere machen sie es sich zur Aufgabe, auf den Zusammenschluß aller Konsumvereine von Berlin und Umgebung wermüthlich hinzuwirken, da sie feste davon überzeugt sind, daß eine große centralisirte Konsumgenossenschaft in geschäftlicher und agitatorischer Hinsicht leistungsfähiger und am besten dazu geeignet ist, mühsame Arbeitsbedingungen durchzuführen, vor allem aber da die Vertreter der Gewerkschaften von einem großen kapitalkräftigen Konsumverein die Einrichtung eigener Produktionsbetriebe erwarten dürfen.

Sodann berichtete der mit den Kassengeschäften betraute Delegierte über den Stand derselben. Einer Einnahme von insgesamt 388 M. stand eine Ausgabe von 162 M. gegenüber, darunter nach Umwälde und an die Glasarbeiter je 30 M., nach Frankenthal 20 M. Es verblieb somit ein Bestand von 226 M., welches die Revisoren bestätigten.

Nachdem der Obmann auf die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der hiesigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse aufmerksam gemacht hatte und der Vertreter der Schuhmacher seine Bewunderung darüber ausgesprochen hatte, daß ein kurzer Bericht über die Lohnbewegung der Charlottenburger Schuhmacher im „Vorwärts“ nicht aufgenommen worden ist, erfolgte nach Erledigung einiger Angelegenheiten der Kommission Schluß der Versammlung.

In Kummelsburg tagte am 17. d. M. eine sehr zahlreich von Frauen und Männern besuchte Volksversammlung. Gemeindevorstand, Vertreter der hiesigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse, Gemeindevorstand, Er führte etwa folgendes aus: Ein wahrer Sturm war losgebrochen, als ich das letzte Mal Bericht in der Öffentlichkeit gab. Es schien, als ob es manchen Herrn nicht angenehm war, die Verhältnisse in der Öffentlichkeit erörtert zu sehen. Jedoch hat sich der Sturm gelegt, da man nicht im Stande war, zu widerlegen, was ich angeführt hatte. Redner ging dann auf die Besprechung des jetzt übernommenen Wasserwerks über, welches seiner Ansicht nach ein sehr kostspieliges Vorhaben ist. Die Schuld daran trägt die alte Gemeindevorstand, welche solche unglücklichen Verträge für die Gemeinde, und solche günstige für den Erbauer und Unternehmer abgeschlossen habe, daß es demselben jetzt möglich war, einen so hohen Preis zu erhalten. Ebenso verhalte es sich mit der Kanalisation, welche durchaus ungenügend sei. Sie solle demnach für den schönen Preis von 300 000 M. der Gemeinde übergeben werden. Redner sprach dann den langsame Fortgang des neuen Rathhausbaues und die Unzulänglichkeit Kummelsburgs im Verkehrswege. Etwas eigenartiges spielte sich, als Redner ausrief, in der letzten Sitzung bei der Erörterung der Gesundheitskommission ab. Von ihm (Mitter) wurde der Genosse Gebauer vorgeschlagen. Trotzdem Gebauer eine bekannte Person ist wurde die Wahl ausgesetzt und bis zur nächsten Sitzung vertagt, da erst Erhebungen eingezogen werden sollen. — In der Diskussion wurde Genosse Mitter beauftragt, beim Gemeindevorstand den Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts zu stellen. — Hierauf sprach Herr Dr. Winding über den Spar- und Bauverein, dessen Ziele und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft, besonders jetzt bei dem Wohnungsmangel.

Reinickendorf. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 20. Juli seine Generalversammlung ab. Genosse Rein hielt einen Vortrag über: „Der Kampf der Weisenden und die Sozialdemokratie.“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende gab den Bericht des Vorstandes. Es haben in diesem Quartal 2 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl beträgt 300. Darauf gab Mitter den Kassenerbericht. Die Einnahme betrug mit Bestand vom letzten Quartal 315,75 M., die Ausgabe 174,10 M., bleibt ein Bestand von 141,65 M. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlassen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Gram, 1. Vorsitzender; Mitter, Kassierer; Simon, Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Genossen Pietich, Kälte und OBI gewählt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß der Wahlverein in Bezirke eingeteilt ist. Als Bezirksführer sind folgende Genossen ernannt: Für den 1. und 2. Bezirk (Reinickendorf-West) Käthe, 3. (altes Dorf) und 4. (Reinickendorf-Ost) Kietzke, 5. (Siegens) 6. (Häders), 7. (Schönholz) Kälte, 8. (Wilhelmsruh) Lüd. Die Bezirksführer nehmen jeden Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats in den bekannten Lokalen Beiträge entgegen.

Verein absonderlicher Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. (Kasselergebnisse). Heute 8 1/2 Uhr bei Kamban, An der Stadtbahn 5: Versammlung. Tagesordnung: Bericht der Genossenschaftskommission und Gründung einer Genossenschaft zur Errichtung von Wohnlokalen und Wohnzimmern. Gäste und Interessenten willkommen.

Es werde Licht! Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute (Donnerstag) 9 Uhr abends bei Richter, Waldstr. 8: Versammlung. Tagesordnung: 1. Rechnung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Ein unglaubliches Sittenbild wird der „Voss. Ztg.“ aus Sizilien gemeldet. In der Gemeinde Alfa (Provinz Palermo) wurde ein Priester wegen Vergewaltigung seiner Nichte verhaftet. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß er einer verbrecherischen Gesellschaft angehörte, die nur aus Geistlichen bestand und sich „die engelhafteste Sekte“ nannte. Diese hatten mit vereinten Kräften Tugenden von weiblichen Weichkindern (nämlich jungen und hübschen) eingeendet, daß sie Dämonen im Körper hätten, die nur die Priester dieser Vereinigung austreiben könnten. Diese Austreibung erfolgte, nachdem die Betreffenden ganz entkleidet waren, in nicht wiederzubegebender Weise. Die Vergewaltigten schwiegen bisher stets, weil es sich um das Weichgeheimnis handelte. Das Unglaubliche ist aber, daß die Sache nicht etwa ganz neuen Datums ist. Schon im Jahre 1803 erließ der Bischof von Cefalu an alle Priester seiner Diözese ein Rundschreiben, worin die Existenz solcher verbrecherischer Geistlichen erwähnt und alle anderen Priester ermahnt wurden, zur Ausrottung dieser Schmach beizutragen. Wiele die Sache noch acht Jahre hat abzuwarten können, ehe die Staatsanwaltschaft sich ihrer bemächtigte, ist unfaßbar.

*) Ein solcher Bericht ist uns nicht zugegangen. Wenn es geschehen wäre, hätten wir ihn auch veröffentlicht. Die Charlottenburger Schuhmacher haben uns am 21. Juni zwar eine Liste von Revisoren, welche nicht bewilligt haben, eingesandt, aber keine Zeile, die als ein Bericht über die Lohnbewegung angesehen werden kann. Beschalt der Abdruck jener Liste im redaktionellen Teil unseres Blattes nicht angängig ist, das haben wir dem Einsender damals brieflich mitgeteilt. Die Bewunderung des Schuhmacher-Delegierten ist demnach grundlos.

Wootsunfall auf dem Rhein. Am Dienstagabend schlug auf dem Rhein unterhalb Nieder-Dollendorf ein Kahn mit vier Insassen um. Drei derselben ertranken. Es sind dies, wie der „Rheinischer General-Anzeiger“ meldet, Stad. jur. Köny aus Poppelsdorf und zwei unbekannte Damen. Der vierte konnte sich an dem umgeschlagenen Kahn so lange festhalten, bis ihm Rettung gebracht wurde.

Zuckerwerk mit Glasplittern. In einem Londoner Brief der Deutschen Medizinischen Wochenschrift heißt es: „Das neueste auf dem Gebiete der Nahrungsmittelverfälschung scheint Zuckerwerk zu sein, das mit feinen Glasplittern bestreut ist, um es gläsern zu machen. Dr. Horace Savery aus Bedford, der die Aufmerksamkeit der Lancet auf die gefährlichen Nischen gelenkt hat, fand, daß zwei Kinder, die davon gegessen hatten, an sehr heftigen Magen-schmerzen erkrankt waren. Im Anschluß an diese Beobachtung sei noch einer Warnung gedacht, die vor kurzem durch die medizinische Fachpresse in England ging, und in welcher auf die Gefahren hingewiesen wurde, die in dem Gebrauch emailierter Eisenbleche liegen. Die Glasur dieser Töpfe werde sehr bald rissig, und es finden sich dann in den darin gekochten Speisen, zum Beispiel in Gemüsen, äußerst scharfe Splittler, die leicht verschluckt werden und nach der Meinung mancher Aerzte Darmentzündungen erzeugen können.“

Ein Athlet wurde am Montagabend auf der Station Groß-Kreuz bei Berder a. S. festgenommen. Der Verhaftete hatte auf dem Brandenburger Schützenplatz Vorstellungen gegeben und in Gemeinschaft mit einem Franzoszimmer dem Gastwirt, bei dem er logierte, zwei goldene Damenschnitten gestohlen. Eine Uhr versetzte der Dieb sofort, während mit der andern das laubere Pärchen nach Berlin zu eintreffen suchte. Telegraphisch war aber der Gendarm Rohr in Groß-Kreuz von der Flucht der beiden benachrichtigt und erschien auf dem Bahnhof, als der Zug sich bereits in Bewegung gesetzt hatte. Er ließ demselben schnell das Haltesignal geben und suchte sich dann dem Athleten unter den Passagieren heraus. Als dieser merkte, daß er entdeckt sei, wollte er die Flucht ergreifen, wurde aber daran von dem Gendarmen verhindert. Der herkulisch gebaute Dieb wurde nun gewaltthätig gegen den Beamten, es entspann sich im Eisenbahnwagen ein wüthender Ringkampf und bedurfte es der Hilfe von sechs kräftigen Männern, um dem Athleten Handschellen anzulegen und ihn vorläufig nach dem Groß-Kreuzer Spritzenhaus abzuführen. Es stellte sich heraus, daß man einen lange gesuchten „schweren Jungen“ aus Berlin gefaßt hatte. Seine Begleiterin, eine gewisse Frieda Flach, hatte man in der Eile mit dem Zug weiterfahren lassen. Sie wurde später in Potsdam verhaftet.

Abgefürzt. Bei einer Tour nach dem Scalettafah (2619 Meter), der von Davos durch das Sulzathal nach dem Juthal (Oberengadin) führt, ist ein Herr aus Zürich, Namens Jakob Müller, abgefürzt. Der Bergrührer, der den Paß nicht überschreiten, sondern um einen Ausweg auf die Pöhhöhe machen und dann nach Davos zurückkehren wollte, wurde schon seit acht Tagen vermisst. Nach ihm ausgesandte Hülfkolonnen haben jetzt Spuren angetroffen, die es unzweifelhaft erweisen lassen, daß der Vermisste tot ist. Stoch und Hut wurden an einem steil abfallenden Dange des Scalettafahs aufgefunden, auch entdeckte man im Schnee die Abdrücke von Stiefelsohlen und die Furche, welche der Körper des Abgefürzten im Falle gerissen hat. Durch den Sturz Müllers wurde eine Lawine losgelöst, die den Fallenden überholte und ihn mehrere Meter tief begrub. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden. Der Scalettafah gehört keineswegs zu den schwierigen Touren und ist ohne Führer zu überschreiten.

Verurtheilt? Die Mörderin des Kammermusikanten Adolf Gundel, Frau Theresie Jahnel geb. Neumann, ist nunmehr vom Untersuchungsgefängnis zur Beobachtung ihres Geisteszustandes der Irrenanstalt Sonnenstein bei Borna zugeführt worden. Gundel wurde, wie wir seiner Zeit ausführlich berichteten, am Abend des 20. März dieses Jahres bei der Mälde der von der Oper in einem Straßenbahnwagen von der Jahnel aus verschämter Liebe erschossen.

Die Bitte eines Selbstmörders. In einem Budapest Hotel hat sich Sonntagabend ein höherer Gendarmen-Offizier erschossen. Unter den hinterlassenen offenen Briefen fand sich auch folgender: „Meine Herren Journalisten! Ich bitte meinen Selbstmord in den Blättern nicht zu besprechen.“ Die Folge dieser Bitte war, daß alle Budapest und fast alle Wiener bürgerlichen Blätter nicht nur den vollen Namen des Unglücklichen nannten, sondern auch spaltenlange Berichte über den Selbstmord, seine Verhältnisse und seine Motive brachten. Einige waren noch so unverfroren dumm, den citierten Brief an die Journalisten abjuden. Diese Sensationspresse ist doch eine Schandpresse!

Einem Pestkranken an Bord. Aus Marseille wird berichtet: Die Nachricht, daß ein kürzlich in Plymouth eingetroffener Dampfer Pestkranken an Bord hatte, hat hier große Aufregung hervorgerufen, weil der Dampfer den hiesigen Hafen angefahren hatte und in Quarantäne gesetzt werden sollte, weil sich ein verdächtiger Kranker an Bord befand. Der Dampfer verließ jedoch den Hafen. Rummeher ist festgestellt, daß der betreffende verdächtige Kranke ein Pestkranker war. — In Konstantinopel sind neuerdings drei Pestfälle konstatiert.

Infolge wolkbruchartiger Regengüsse im Elstergelbiet ist Hochwasser eingetreten. Die unteren Stadien von Plauen sind überschwemmt, der Verkehr wird durch Wagen vermittelte, und die Feuerwehr ist mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Zahlreiche Gebäude sind beschädigt.

Der bestohlene Lord. Aus London wird berichtet: Während die Verhandlung gegen den Earl Russell im Oberhaus stattfand, ist seine Wohnung von Dieben ausgeplündert worden. Der Earl und seine zweite Frau pflegten diese Wohnung allwöchentlich während einiger Tage, wenn sie nach der Stadt kamen, zu bewohnen; sie wurde nur von dem Förster des Hauses bewacht. Die Diebe schienen sich in der Annahme nicht geirrt zu haben, daß der Prozeß für alle Insassen des Hauses von so großem Interesse sei, daß wohl niemand an die Bewachung der Wohnung denken würde. Sie sind offenbar durch eine Dachluke in die im obersten Stockwerk des Hauses gelegene Wohnung gedrungen, die des heizen Weilers wegen offen gelassen worden war. Die Diebe bestanden aus einigen Silberdieben und einigen nicht besonders wertvollen Schmuckstücken. Da die Diebe so schlau waren, keinerlei Unordnung zu hinterlassen, so wurde das Fehlen der Gegenstände erst am Freitagabend bemerkt.

Bei der Explosion auf dem amerikanischen Dreimaster „Louise Abelade“ in Gaddigen (Schweden) sind, wie nunmehr festgestellt ist, im ganzen 13 Personen ums Leben gekommen, darunter auch der Kapitän. Verwundet wurden nur 3 Personen. Die Explosion wurde durch Entzündung ausströmender Gase hervorgerufen. Nach der eingeleiteten Untersuchung scheinen die Zollbeamten unfreiwillig die Entzündung verursacht zu haben, als sie die Deckel zum Lagerraum nach der Besichtigung aufzulegen wollten. Die freigemachten Gase entzündeten sich an dem Lichte, das beim Siegelien benutzt wurde. Das Feuer hält im Ladungsraum des Schiffes noch an. Das in Wasser gestoffene Erdöl brennt in hellen Flammen weiter. An einer Stelle des Deckes entstand ebenfalls Feuer, das aber rasch gelöscht werden konnte.

Schriften-Eingang.

Berliner Wegweiser. Offizielles Fahrplandbuch der Straßenbahnen. Verlag von Georg Born. Preis 10 Pf.

G. Krentzschs Radfahrerkalender. Verlag von G. Freitag u. Berndt. Wien und Leipzig. Preis für jedes Blatt 1,35 M.

Universal-Radfahrerkarte der Provinz Brandenburg. Verlag von Theod. Thomas, Belgia. Preis in Kaffibrosche 1,50 M.

Was muß der Barbier zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Haarfrankheiten wissen? Von Dr. med. Wolf, Hagen i. W. Berlin W. 35. Verlag von Elwin Staude.

Eine Kassandra-Stimme. Antwort an das katholische Volk von einem antikerden römisch-katholischen Priester. Sechste Auflage. Zürich 1901. (Eduard Schmidt.)

Marktpreise von Berlin am 23. Juli 1901 nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.

Wegen, gut D. G.	12	6
mittel	1,60	1,20
gering	1,20	1
Moggen, gut	1,60	1,20
mittel	1,60	1,10
gering	1,60	1,10
*Weisse, gut	16	15
mittel	14,00	13,90
gering	13,80	12,80
*Hofen, gut	16,50	15,70
mittel	15,60	14,80
gering	14,70	14
Rüchstroh	7	6,66
Heu	6,90	5,40
Erbsen	40	25
Eisenbahn	45	25
Linien	65	30

*) Drei Wagen und ab Bahn.

Produktmarkt vom 24. Juli. Meldungen, daß bedeutende schwimmende Weizenmengen nach Europa unterwegs sind, und rückgängige Notierungen in New York und Chicago veranlassen heute Realisierungen. Der Fruchtmarkt hatte daher ein schwächeres Gepräge. Mittags besichtigte sich die Tendenz auf höheres Drestsch-Lignum und namhafte Bauordern für Weizen und Mehl aus der Provinz. Weizen zog gegen geringen Schluß etwa 1/2 Mark an, Roggen war schwach behauptet, Gerst- und Winterlieferungen etwas höher. Mehl bei ziemlich begrenzten Umläufen im Preise unverändert. Hafer wurde wenig gehandelt. Mais war auf America abgeschwächt. Haaböl 20 Pf. höher. — Schluß für Getreide fest. Seitens einer hiesigen Großfirma sollen mehrere Weizenlieferungen nach Frankreich verschlossen sein, worauf nachher Redungen vorgenommen wurden.

Städtischer Schlachtmarkt. Berlin, 24. Juli 1901. Antifischer Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 425 Rinder, 1726 Kalber, 1972 Schafe, 8046 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungswiese für 1 Pfund in Pf.): a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 45-48. — Ferkel und Lämmer: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkel höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Rinde höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Rinde und wenig gut entwickelte jüngere Rinde und Ferkel 00-00; d) mäßig genährte Rinde und Ferkel 52-56; e) gering genährte Rinde und Ferkel 46-50. — Schafe: a) feinste Wollschaf (Wollmark) und beste Sengschaf 66-70; b) mittlere Wollschaf und gute Sengschaf 58-62; c) geringe Sengschaf 54-58; d) ältere, gering genährte (Kreuzer) 30-38. — Schafe: a) Rindfleisch und jüngere Rindfleisch 63-66; b) ältere Rindfleisch 58-62; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschaf) 54-56; d) Halbschaf Niederungs- (Schafe (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer, 59-60; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Räfer) 00-00; c) fleischige 57-58; d) gering entwickelte 55-56; e) Sauen 55-56.

Verkauf und Tendenz. Vom Rindfleisch wurden im Ganzen 200 Stück veräußert. Der Rindfleischmarkt gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand ungefähr 400 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief Anfangs lebhaft und schloß ruhig.

Witterungsüberblick vom 24. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Eutinende	754	SO	4	heiter	22	Japaranda	762	SO	4	wolkig	22
Hamburg	754	NO	3	bedeckt	17	Petersburg	762	NO	3	wolkig	15
Berlin	752	SO	1	bedeckt	20	Sofia	753	NO	3	wolkig	15
Frankf./M.	767	SO	2	Regen	15	Aberdeen	757	SO	1	Regen	16
München	759	SO	6	wolkig	15	Paris	757	SO	1	Regen	16
Wien	756	SO	4	wolkig	18						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Juli 1901. Etwas kühler, ziemlich trübe und regnerisch, mit schwachen westlichen Winden und fortwährendem Gewitterneigung.

Briefkasten der Redaktion.

Dahlbruch. Bestanden hat die Einrichtung. Ob jetzt noch — wissen wir nicht.

Gammer. Ihre Beschwerde ist dem Vorstand der Kasse übermitteln.

W. T., Weinbergsweg 7. 1. Pfändung kann wiederholt vorgenommen werden. 2. Das ist eine Strafe wie jede andere. Wenn Sie als Zeuge befragt werden sollten, ob Sie bestraft sind, haben Sie jede Strafe, auch Geld- oder lohnentzogene Polizeistrafen anzugeben. — S. 3. 77. Wenn Sie auf einer Station einen Unfall erlitten haben, so ist es nur dann ein entschuldigendes Umstand, wenn die Tour im Auftrage der Fabrik, s. B. als Monteur, unternommen ist. Unfälle, die auf Vergeltungstouren jemand zuzuführen, fallen nicht unter das Unfallsversicherungsgesetz. — W. 2. 22. Rein. Sie soll schleunigst auf Zahlung des Lohnes beim Gewerbeamt, Zimmerstraße 90, klagen.

Fr. R. Ihre Frage war mitgetheilt. Gien ist ein guter Wärmeleiter. — W. D. 14. 1. Soweit es sich um Gien, die nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen sind, handelt, ja. 2. Rein. 3. Das ist unerheblich. — R. G. Waren Sie am 1. Oktober eingezogen, so ist die Kündigung rechtswirksam. Waren Sie am 1. April eingezogen, so kann Ihnen nur zum 1. April gekündigt werden. — C. M. Solche Adressen sind uns nicht bekannt. — R. W. 1/2. Lungenkrankheit. — Jos. v. i. u. S. Wenden Sie sich schleunigst an einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. Wer Ihnen garantiert, die Krankheit zu heilen, aber gar schriftlich zu helfen, verpricht Unmögliches. — W. W., Hildberg. 1. Ja. 2. Rein. — 3. W. 1. u. 2. §§ 4, 7 und 9 der Gewerbe-Ordnung nebst den etwa 20 Seiten zählenden Anlagen enthalten die Antwort auf Ihre Frage. 3. Rein. — Geld II. Die Fabrikationsmethode ist uns nicht bekannt. — G. W. 18. Als Regel für die Kadeinanderleistung wegen des Vermögens nach der Ehecheidung gilt, daß jeder Teil sein Vermögen zurückerhält. Danach hätte die Frau in Ihrem Fall das Recht, das Eingetragene (die Wirtschaft und was sie sonst eingebracht hatte und den Teil des Grundbesitzes, der auf Ihren Namen eingetragen ist) zurückzufordern, beziehentlich den Ertrag des Wertes zu verlangen. Das Hauswälder Grundbesitz gehört dem Mann, ebenso dasjenige, was durch das gemeinsame Arbeit erworben ist. — Ch. S. 25. 1. 1898. 2. Marienburger Amtsgericht. 3. Als Zeuge. — Carl Krüger. 1. Nur das Dienstverhältnis von Offizieren auf Kriegsschiffen ausserhalb der heimischen Gewässer ist steuerfrei. 2. Die Gemeindefeuer wird für Beamte so berechnet, daß erheud nur die Hälfte des Dienstverhältnisses als steuerpflichtig gilt und daß die Steuer nie 2 Proz. seines Dienstverhältnisses übersteigen darf. Ein Dienstverhältnis unter 1500 M. darf sogar nur bis zu 1 1/2 Proz. höchstens mit 1 Proz. herangezogen werden. 3. Offiziere, Geistliche und Elementarlehre genießen das Privileg, daß ihr Gehalt zu Gemeinde-Abgaben überhaupt nicht herangezogen werden darf. Offiziere haben dasjenige Privileg für ihr Privatvermögen, daß dies nur zum Betrag der Staatssteuer, also mit 100 Proz. zur Gemeindefeuer herangezogen ist. Nur Grundbesitz und Gewerbetriebe der Offiziere werden ebenso versteuert, als ob sie Nicht-Offiziere wären. — Zimmer 85. Wenden Sie sich direkt an die Pfendungsdirection.

Unsern Genossen Wilhelm Nitzsch Ehsraun die herzlichste Gratulation zur Feier ihrer Silbernen Hochzeit. Die Genossen (2666) des 461. u. 462. Bezirks.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn (20274)

Karl Lusche
im Alter von 18 Jahren nach langen und schweren Leiden am Sonntag, den 21. Juli, sanft entschlafen ist. Die trauernden Eltern u. Geschwister: Paul Lusche und Frau.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.

Dampfer
jed. Größe vermietet preiswert. Arrangiere mit Vereinsvorständen 2c. Dampferpartien auf Rügen. 25575.
Keddig, Friedrichshagen.

Danksagung.
Allen denen, welche meinem unglücklichen Mann und unserm guten Vater die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Gesangsverein „Nord“ sowie dem Rauchklub „Komune“ sagen wir unsern herzlichsten Dank.
20293
Frau Th. Kunze und Kinder.

Freier Männer-Chor „Nord-West“.
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes. Folgende eben Gesangsbrüder: Ferd. Jenge, Ziephahn, 13. Emil Herrmann, Vossfeld, 44b. Paul Gröger, Neue Döcher, 37. Karl Salomon, Reinickendorf, West, Berlinstr. 7.
werden nochmals aufgefordert, obigem Verein gegenüber ihren Verpflichtungen nachzukommen. 288,8
Der Vorstand.
J. K.; Max Spittmühl.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, den 25. Juli. Opernhaus, geschlossen. Schauspielhaus, geschlossen. Neues Oper-Theater (Krohn). Im Trianon-Theater: "Lebende Ueber". Anfang 8 Uhr. Im Garten: Täglich großes Konzert. Schiller. (Moritz-Oper.) Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Geschlossen. Leistung. Die dritte Eskadron. Anfang 8 Uhr. Berliner. Die Jüdin. Anfang 8 Uhr. Residenz. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr. Neues. Schauspiel des Mehlhaher-Ensembles. Die goldene Brücke. Anfang 8 Uhr. Weissen. Theater "Charivari" (Secessions-Brettel). Anfang 8 Uhr. Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberdrell. Anf. 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr. Thalia. Geschlossen. Carl Weiss. Madame Bonnard. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten im Garten. Belle-Alliance. Fritz Reuter. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Großes Gartenkonzert und "Lustiges Brettel". Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-Kingskämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Die Höhlen des Harzes und ihre Umgebung. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die Höhlen des Harzes
und ihre Umgebung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten
Heute, nachmittags 5 Uhr:
Doppel-Konzert.
Gastspiel der Banda Municipale de Prato.
Dirig.: Maestro Cav. Lorenzo Pupilla
Eintritt 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der "Clou" der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Carl Weiss-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Direkt. V. Zimmermann u. O. Schramm.
Auffpiel-Ensemble.
Madame Bonnard.
Schwank in 3 Akten von Alexander Dumas und Antony Ward. Deutsch von C. Neumann. Regie J. Dill.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Im Garten: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
W., Behrenstrasse 55-57.
Der Zauberer am Nil.
Anstattungsoperette in 3 Bildern
und das sensationelle Juli-Spezialitäten-Programm
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Puhmanns Vaudeville-Theater
Schönhauser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Aufführungsdopereite.
Anfang: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Gossmann-Konzertgarten
Krauzbergstr. 48, an der Stadthofstrasse.
Jeden Sonntag
Frei-Konzert und Ball.
Montag und Donnerstag:
Hamburger Sänger.
Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 20 Pf.
Vorplatzkarten 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Nachher: Kränzchen.

Apollo-Theater
Vollständig neues
Specialitäten-Programm!
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
- Hoffmanns -
Nord. Sänger
und Konzert.
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Sotree 7 Uhr, Wochen-tags 6 Uhr, d. Sotree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig.
Tanz frei.

Reichshallen
Heute und folgende Tage:
Gastsp. des allberühmten
Neumann-Bliemchen
mit seiner Gesellschaft.
(Herrn Bliemchen, Horvath, Gpner, Tieck, Zimmermann, Feldow und Ledermann.)
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der Sotree der Stettiner Sänger.

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Aufführungsdopereite mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz.
Kulturtren der Operntica-Opernkomette Hedwig Döring, des Westbairers Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Altröden, The Garays, Stad-fahrer, Mr. Bartlings lebende Photog-raphien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kameraleiter: Max Kalbo.

W. Noacks Festsäle
Brunnen-Strasse No. 16.
Im September, Oktober und November sind nach Sonnabende an Vereine zu vergeben. (1979)*

Max Klems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Künstliche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: [16490*] [16490*]
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
Tagesganztagige Regelbahnen, Wärfelbahnen, Rondirett, Blumenhand u.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Ostbahn-Park.
Am Kästrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos!
Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Alexanderstr. 21
Bohntoffreien
Nordhäuser Kautabak
der Firma
Grimm & Triepel, Nordhausen.
zu haben und zu fordern in jedem Geschäfte in Berlin und Vororten speziell dünnes, mittel und dickes Gelpinns. 25925*

Alle Wanzen
sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 Pf.
Schwaben, Rissen, Flöhe etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Satz 30 Pf., 60 Pf., 1 Pf.
1000 Mark Belohnung
gibt demjenigen, der mit einem Nicht-erfolg nachweist. Sachliche Anmerkungen. Nur allein bei 18490*
Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstr. 18. Ecke Veteranenstr.

Möbelstoffe!
alle Qualit. selten billig!
auch Reste Gelegenheitskauf!
Mocquet-Plüsch 5, 35 Pf.
per Meter (130 Centimeter breit).
Musier bei näher. Angabe franco.
Berlin S.
Emil Lefevre, Carlsstr. 158.

Max Guckel, Lausitzer 2.
Zahn-Atelier. Schreiner- und wuschelant Kunst. Zähne, tabellöse Anfertigung, p. 3 Pf. an Plomb. u. 2 Pf. an keine Extraberechn. Schmerz Zahn-ziehen. Katalog, gefahrlos. Woche 1 Pf.

„Fürstenhof“, Köpnickerstrasse 137
(Zub.: Amandus Zöls)
empfiehlt Säle, ca. 200 Personen fassend, elegant der Neuzeit entsprechend, bei soliden Bedingungen zu Kränzchen und Versammlungen. 6 Regelbahnen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Ansprechbar: Amt VII, 353.
Freitag, 26. Juli, abends 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:
Verwaltungs-Sitzung
mit sämtlichen Bezirksleitungen und Kommissionen.
Am Sonnabend, den 27. Juli, bei Diefel, Adlerstrasse 123:
Sitzung der Hobler, Bohrer, Feiler usw.
Sonntag, den 28. Juli, bei Wegel, Wrangelestrasse 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Die Ortsverwaltung.
117/121

Central-Krankenkasse der Maurer etc.
(Grundstein zur Einigkeit.)
Am Sonntag, den 28. Juli d. J., vormittags 10 Uhr, Inselstrasse 10:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 2. Quartal. 2. Der gegenwärtige Stand der Apothekerfrage. 3. Innere Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
149/4 J. K. P. Hoffmann.

Bauhändler-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend.
(Eingeschriebene Stützstaffe Nr. 118.)
Sonntag, den 28. Juli, vormittags punkt 10 Uhr, im Saal des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal, sowie Revisionsbericht. 2. Wahl sämtlicher Stützstaffler. 3. Innere Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. 38/19
Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Auf dem Bau des Maurermeisters F. Crüger, Romintenerstrasse 23, wird die Steinträgerarbeit (Kolonnenführer D. Eichholz) 25 Pfennig unter den tarifmäßigen Lohn ausbezahlt.
Wir ersuchen die Kollegen, diesen Bau zu meiden und den Zugang fern-zubehalten.
Die Lohnkommission. J. K.: Karl Haldemann.

Imbs Ostbahn-Park, Rüdersdorferstr. 71.
Sonnabend, den 27. Juli:
Grosses Sommerfest
bestanden mit Sommer-Nachts-Ball
arrangiert vom

Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter
Berlins und Umgegend.
Großes Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung
unter Mitwirkung des Sängerkreises der Musikinstrumenten-arbeiter unter Leitung seines Dirigenten Herrn Richard Lange.
Kinderbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr nachmittags an geöffnet.
Anfang nachm. 4 Uhr. Eintritt 25 Pf. Programm frei.
Billets sind zu haben bei Klusner, Mariannen-Platz 15, Durg. 4 Tr., bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, sowie in der Geschäftsstelle des Vereins, Rest. Schwarzer, Frankfurter-Allee 99. 141/20

Dresdener Kasino
96 Dresdenerstrasse 96
empfiehlt seine 2-800 Personen fassenden Festsäle zu Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu coulantem Bedingungen. 19138*
Martin Herzberg, Gastwirt.
Etablissement Süd-Ost, Waldemarstrasse 75.
Saal für Festlichkeiten und Versammlungen. Mehrere Sonnabende sind noch im August, September und Oktober an Vereine zu vergeben. 16890*
H. Brüder, Gastwirt.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich Gerichsstrasse 59, am Neffeplatz, ein Weiss- und Bairisch-Bierlokal eröffnet habe. Angenehmer Familienaufenthalt. Vereinszimmer zu vergeben. Spötter, Gerichtstr. 58.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
jetzt: Köpnickerstrasse 160, Hantaukestrasse.
19090*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Jedes 5 Pfennig.
Wort fest. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zahlen doppelt.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Kinderwagen, Sportwagen, Kleinauto, Bazar Baby, Juwe-lidenstr. 100, Frankfurterstr. 118, Oranienstr. 31, Belle-Alliance-str. 107, Reinholdstr. 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 56. Teilzahlung gestattet. 7224*
Kinderarmbänder, sehr feine, effizient zur Zeit des Brechdurchfalls zu empfehlen. Floras, Drogere, Paul Vende, Hildorf, Sauer Friedrichstr. 242, beim Hermannplatz. 16450
Nähmaschinen und Feuer-Ver-sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 8570
Deflation. Kontostreiber billig verständig. Hofdorferstr. 12. 25125*
Teppiche mit Farbenschemen, Badzuberläufe Große Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Papagei-Züchtung, grüne, grüne, Singvögel, prächtig, 25 Mark. Richter, Oranienstr. 87. 25580*
Waschanzüge, Waschlappen, so wie Stoffen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstr. 14. 5658*

Plätterei zu verkaufen. Adressen bei Frank, Rügenstr. 16, Laden.*
Witzstr. 10, einblättrig für Plutone, Bruttante, Schmähliche, Gemütskur, bessere Geschäfte, überaus billig, 14 Platten 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 inklusive. Nicht Blasen, Qualität entschei-dend. Vertretler: Ringler Hermannstr. 119. 96/17*
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verand-baus Germania, Unter den Linden 21 II.
Fahrad, wie neu 60,00, Raumun-str. 38, Barcheloden. 74*
Badewanne, Wälder Accord-alder "Grato" preiswert verkauft. Weber, Neu-Weihensee, Friedrich-str. 36, Unter Wegung II. 7126
Nähmaschinen, zwei Stück, billig veräußert. Stallgerstr. 69, Hekau-rant. 74*
Fahrräder, verlässig, bequem, lädige Gelegenheiten zum Erwerb eines erstklassigen Radfahrens für Herren und Damen. Sportreise, Nieren-auswahl. Leihhaus, Neue Schön-bauerstr. 11. 59/19
Steyrbeden billig Radrit Gehe Frankfurterstr. 9, parterre. 733*
Neue Zeit, alte Fahrgänge, ver-kauft Dering, Weisenhofstr. 77.

Vermischte Anzeigen.
Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, Landbergerstr. 82
Schankgeschäft verkauft billig. Miete 1000, Landbergerstr. 106, Cigarrenladen. 734
Französisch (billig) Dreierstr. 6
Englisch (billig) Dreierstr. 5.*
Verpflichteter Patentanwalt Dams-mann, Oranienstr. 57, Roriploy.
Unfalllosen. Augen, Eingänge, Restaurationen. Puffer, Sieglitzer-str. 65. 19326
Augustabad, Köpnickerstr. 60. Jeder jeder Art für sämtliche Kranken-fallen. 7362*
Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Verordnungen, Steuer-Veranlassungen, Briefe, fertigt erfolgr-eich und billig Franz Köhler, Gey-str. 32, Durg. 4 Tr. 7362*
Bereitschaft, Jagdteile passend, Bernprecher III 1786, J. S. Wilhelm-Wegmann, Badstr. 14.
Metallbruch aller Art. Kauft Prober, Doppelstr. 16. 1811b
Elektromotil Aufwindturm be-ginnt. Jasion, Alte Jandstr. 24.

Vereinszimmer zu vergeben, auch passend für Familien. Rudolf Turran, Raumstr. 86. 24538*
Fahrrad, 60,00, taugt Kapital! Händlerstr. 28. 7578*
Rechtsbureau, Rechtliche, Rat-erstellung Andreastr. Dreizehn-lechzig 2424b*
Neue Landbedrie, Wenzler-str. 9 bei Emil Reich. 734*
Rechtsbureau, Teilhaberstr. Hantaukeplatz, Eingangsgehe, Rat-erstellung. 7538*
Wiederkauf zu höchsten Preisen, Epstein, Marienstr. 101.
Unfallprozeduren, Weid, Klagen etc. Hellrich, Steinmetz-str. 22. 2508b
Bereitschaft, Jagdteile passend, noch feil. Wolf, Wenzlerstr. 43.*

Schlafstellen.
Vorteilhaft, auch anständig
Wägen, findet fremdliche Schlaf-stellen. Verand, Dreilauerstr. 8, Seitenkugel III. 734
Freundliche Schlafstelle (Einbett-ung) 27, Poststr. 2564b
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Glaschleife für Wagen verlangt! Hantaukestr. 31. 25490*
Ein geübter Papier-Zuschneider wird verlangt. Rosenheim u. Kauf-mann, Wilmersstr. 62/63. 2567b*
Arbeiterinnen auf bessere Arbeit, 1,50 bis 2,25 Mark, gesucht. Kasanien-Allee 86, parterre. 7742*
Wassers auf Taktis aufrum Hause, 1,75-2,25 Mark. Bäge, Schwedlerstr. 38. 25629*

Achtung, Töpfer!
Auf den Bäumen des Töpfermeisters Hefer, Tegel, Bahnhöfstr. 12, haben die Kollegen wegen Beschimpfung einiger Kollegen von Seiten des Herrn Hefer die Arbeit niedergelegt. Die Bäume befinden sich in Dornhölzchen und Tegeler Gärten; dieselben sind gesperrt. 196/7
Der Vorstand der Filiale Berlin.